Vereinsamt!

Aufwertung?

Stadt gehört uns allen

solidarisieren organisieren aneignen weltweit

Unnötig?

Sicherheit?

ALHAMBRA ZEITUNG & PRORGRAMM

MAI / JUNI 2010

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

INHALT

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

schwerpunkt: recht auf stadt II
Hamburg High Heels 6
Gängeviertel: Besetzer mit Marketingkompetenz 9
Niederlande: Von Hausbesetzungssets und Sprechstunden 10
Quo vadis, Wasserstadt? 13
Stadtentwicklung am Hafen aus Sicht der Wagenburg 14

1. mai
Stadt gehört uns allen! 16

feminismus
Take back the night! 18

antimilitarismus
Unruhe an der Heimatfront 20

internationalismus
Betonierter Revanchismus 22

antirepression
Prozess gegen Oldenburger Antirassistin 23

knastkritik
Wie schreibe ich Gefangenen? 24
§129b Verfahren gegen migrantische Linke gehen weiter 26

antirassismus
Ausgrenzen und Ausbeuten (Streiks in Italien und Frankreich) 28
Profitable Entrechtung – zehn Jahre nach den Pogromen in El Ejido 30
Mission Complete: AG Wohlfahrt? Done 32

Ankündigungen 35

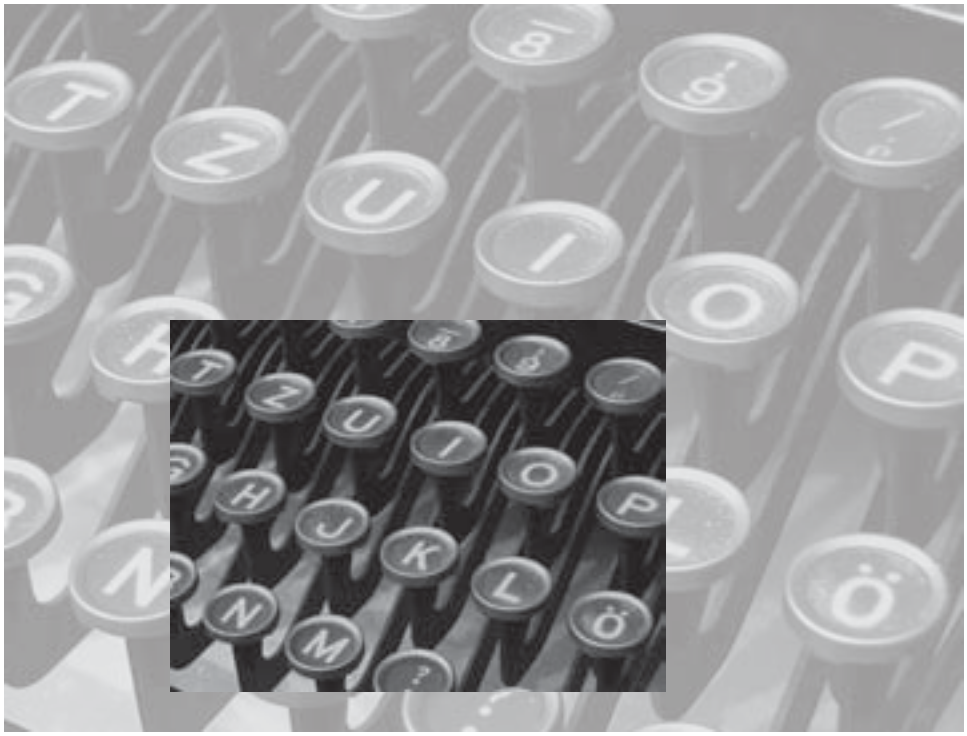
Gedenkveranstaltung in Esterwegen

Am 8. Mai findet wie jedes Jahr zum Tag der Befreiung vom Nazi-Faschismus auf dem Friedhofs-Gelände des ehemaligen KZ Esterwegen eine Mahn- und Gedenkveranstatung statt. Dieses Jahr fährt ein Bus aus Oldenburg ins Emsland. Die Abfahrt ist um 13 Uhr am Alhambra, die Rückfahrt wird gegen 17 Uhr sein. Die kostenlosen Busfahrkarten könnt ihr im Infoladen roter strumpf bekommen.

Obwohl wir bereits in der vorletzten Ausgabe das Thema „Recht auf Stadt“ aufgegriffen haben, nehmen wir die diesjährige autonome 1. Mai Demo mit dem Motto: „Stadt gehört uns allen“ zum Anlass, uns dem Thema erneut zu widmen. Diesmal stellen wir jedoch die Praxis in den Vordergrund und versuchen Einblicke in verschiedene Kämpfe rund um „Recht auf Stadt“ zu beleuchten. Die Frage, welche Menschen ein „Recht auf Stadt“ haben, wird in Oldenburg zur Zeit an mehreren Prozessen der Oldenburger Stadtentwicklung sichtbar und lässt nichts Gutes ahnen. Kameras in der Innenstadt, die Aufwertung und Umstrukturierung des Bahnhofsviertel und das Oldenburger Prestigeobjekt Wasserstadt gehen Hand in Hand mit gesellschaftlichen Ausschluss bestimmter sozialer Gruppen. Aus diesem Grund freuen uns besonders die Oldenburger Initiativen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen.

Die 1. Mai Demo sehen wir als einen ersten konkreten Schritt die thematische Auseinandersetzung in Oldenburg zu bündeln und kommende Kämpfe gemeinsam zu führen. Sei es nun die Wagenburg, die zu diesem Zeitpunkt mitten in den Verhandlungen mit der Stadt steckt, da sie der Wasserstadt weichen soll. Oder die Bunte Klinke, die seit Jahren die Nutzung der Donnerschweer Kaserne durch alternative Wohnprojekte mit Abenteuer-/Bauspielplatz und Bildungshaus gegen die Pläne der Stadt dort Ein- und Mehrfamilienhäuser zu bauen stark macht.

Viele Diskussionen um „Recht auf Stadt“ drehen sich in Oldenburg um Wohnraum – die Wohnraumknappheit und die Ausrufung Oldenburgs zum Geheimtipp für Immobilien-Investor_innen machen das auch notwendiger denn je – doch auch sonst wird in Oldenburg die Frage nach „Wem gehört die Stadt?“ gestellt. Etwa von Menschen, die keinen Bock auf die geplanten Überwachungskameras in der Innenstadt haben – sie rufen zur öffentlichen Demontage dieser auf und werden prompt von der Staatsanwaltschaft kriminalisiert (siehe dazu auch die Kurzmeldung). Oder von Menschen, die als Antwort auf diese Kriminalisierung die Oldenburger Staatsanwaltschaft mit Farbe bewerfen und „die Einführung von Videoüberwachung daher auch im Zusammenhang mit anderen repressiven Maßnahmen [sehen], mit der die Stadt versucht unliebsame Personen aus der Innenstadt zu verdrängen.“ Weiter schreiben sie in ihrem Bekenner_innenschreiben, dass „Aufenthaltsverbote für die Innenstadt diejenigen ausschließen [sollen], die sich im öffentlichen Raum aufhalten, auch ohne zu konsumieren. Wir lassen uns aber weder disziplinieren, noch ausschließen, sondern kämpfen für eine bunte, kreative und unkommerzielle (Wieder-)Aneignung des städtischen Raums und zwar für alle gesellschaftlichen Gruppen.“



Aber auch die antisexistische Frauen-LesbenTrans-Demo stellt am 30. April in der Oldenburger Innenstadt die Frage danach, wem die Stadt gehört und erobert sich zumindest für die Zeit der

Demo die Stadt zurück – take back the night!

Wir wollen aber den Blick auch außerhalb von Oldenburg schweifen lassen und schauen in den Niederlanden und Hamburg auf verschiedene Perspektiven der praktischen Intervention. Können sich Menschen in den Niederlanden noch aufgrund der rechtlichen Situation Wohnraum aneignen, gestaltet sich die Situation in Deutschland deutlich schwieriger. Da freut es uns doch sehr, dass in Hamburg das so genannte Gängeviertel – ein Gebäudekomplex bestehend aus zwölf Altbauten – im vergangenen Herbst erfolgreich besetzt wurde. Die Stadt Hamburg kaufte daraufhin diese Häuser vom Investor zurück, und die Besetzer_innen stehen nun in Verhandlungen um die weitere Nutzung. Spannend finden wir die Andockung des Gängeviertels an die Hamburger „Recht auf Stadt"-Bewegung und es eröffnet sich die Frage, inwiefern es möglich ist, Hausbesetzungen und Aneignung von öffentlichen Räumen zu rocken, die über Freiraumkampagnen und linke Nischenpolitik hinausgehen. Unter Freiraum verstehen wir einen Raum, in dem Menschen versuchen einen Ort zu schaffen, in dem für sexistisches, rassistisches, homophobes, disableistisches und anderes diskriminierendes Verhalten kein Platz ist – dafür aber um so mehr für subkulturelle Praktiken. Die Kämpfe darum und diese Räume sind angesichts der gesellschaftlichen Realität mehr als notwendig. Allerdings sehen wir ein Problem darin, dass die bundesdeutsche Linke oft dabei stehen bleibt, diesen Raum zu haben, zu pflegen und zu verteidigen, statt in die gesellschaftlichen Widersprüche zu intervenieren – also nach „außen" zu drängen. Eine Besetzung kann ja auch in soziale Bewegung und gesellschaftliche Transformationsprozesse eingebettet sein – oder bestenfalls diese sogar anstoßen. Trotz der bisherigen und beeindruckenden Erfolge der „Komm in die Gänge"-Kampagne haben wir daran einiges zu kritisieren. Wir glauben nicht an einen Zufall, dass das Gängeviertel nach wie vor besetzt ist, obwohl es seit Anfang der 1990er Jahre keine dauerhaften Besetzungen in Deutschland mehr gab. Wir sehen vielmehr eine Gefahr darin, dass das Gängeviertel von der Hamburger Stadtpolitik als neues kulturelles Aushängeschild betrachtet wird und somit in den Gentrifizierungsprozess, bewusst oder unbewusst, aktiv eingebunden wird. Es bleibt auf jeden Fall ein spannender Prozess...

Nach langer Pause regt sich erneut antimilitaristischer Widerstand in Oldenburg. Kurz nach der Verlegung der Luftlandebrigade „Oldenburg" nach Afghanistan – und kurz bevor die ersten schon wieder eingesargt zurück in der „Heimat" waren – fand eine Demo gegen die deutsche Kriegspolitik statt. Dies kann natürlich nur ein Anfang sein – mehr Antimilitarismus in Oldenburg und überall! Organisiert war die Demo wie jede andere Oldenburger Demo, selbstorganisiert, basisdemokratisch und ohne Anführer_innen. Dass die Staatsgewalt diese Form der Organisierung nicht begreift, zeigt sich in einem Prozess gegen eine Antira-Aktivistin, der vorgeworfen wurde eine antirassistische Demo in Oldenburg im letzten Sommer geleitet zu haben.

Neben den Farbanschlägen auf die Staatsanwalt hat sich eine unbekannte Gruppe dem „Leobschütz Gedenkstein", ein Vertriebenendenkmal, das scheinbar lange Zeit übersehen wurde, angenommen und einbetoniert. Der Stein steht exemplarisch für tausende dieser Objekte revanchistischer Erinnerungspolitik und die Aktion eröffnet Perspektiven und Motivationen weiterzumachen.

Der Sommer steht vor der Tür und mensch kann sich wieder raus trauen; zum Beispiel am 1. Mai. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen, die an diesem Tag (und allen anderen) auf die Straße gegangen sind, um in Berlin und Rostock Nazis zu vertreiben oder einfach nur gegen die Gesamtscheiße zu demonstrieren. Dabei soll es natürlich nicht bleiben, 1. Mai ist an jedem Tag!

Der Sommer wird heiß... kostet es aus.

Eure Alhambra-Redaktion

Ein inszenierter Krieg

Tiflis Mitte März 2010 brachte der georgische Fernsehsender Imedi zur Prime Time eine halbstündige „Spezialreportage", in der aktuell eine russische Militärinvasion inszeniert wurden. Die düstersten Nachrichten flirrten über den Schirm; Präsident Michail Saakaschwili tot, russische Truppen auf dem Weg nach Tiflis, Häfen und Flughäfen bombardiert, die georgische Opposition habe zum Putsch aufgerufen. Viele Menschen in Georgien reagierten in Panik, viele rannten hinaus und kauften Benzin und Lebensmittel. Die Notdienste waren im Dauereinsatz, eine Frau starb an einem Herzinfarkt.

Der Fernsehsender Imedi steht weitgehend unter der Kontrolle der Regierung. Präsident Saakaschwili kommentierte den Beitrag: „Der Bericht war zwar falsch, aber sehr realitätsnah." Wie auch schon während des Fünf-Tage-Kriegs vom August 2008 will der georgische Staatschef antirussische Ressentiments zur Stärkung der eigenen Machtposition nutzen. Zum Glück diesmal jedoch nur mit altem Filmmaterial.

Bronze im Rüstungsexport

Stockholm Nach der neusten Studie des Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI ist der deutsche Weltmarktanteil in der Rüstungsindustrie für den Zeitraum zwischen 2005 und 2009 auf elf Prozent gestiegen und hat sich somit in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. Die Erhebungen beziehen sich dabei ausschließlich auf schwere Waffen wie z.B. Kriegsschiffe, Flugzeuge und Panzerfahrzeuge. Lediglich die USA mit einem Weltmarktanteil von 30 % und Russland mit 23 % exportieren noch mehr Kriegsmaschinerie als Deutschland. Die größten Abnehmerstaaten deutscher Waffen sind Griechenland, die Türkei und Südafrika. Der große Anstieg lässt sich vor allem durch die wachsende Zahl an verkauften U-Booten erklären.

Zwei Suizide in Abschiebehaft

Hamburg Am 7. März hat sich der 17-jährige David, der sich seit 7. Februar in Abschiebehaft in einem Hamburger Knast befand, aus Angst vor einer drohenden Abschiebung nach Polen erhängt. Dorthin sollte er abgeschoben werden, weil er dort zuerst einen Asylantrag gestellt hat (Dublin-II-Regelung. Am 9. Februar hatte er bereits einen Hungerstreik eingelegt. Statt in Abschiebehaft hätte der aus Georgien stammende minderjährige Flüchtling vom Jugendamt in Obhut genommen werden müssen. Diese Regelung wurde, wie in vielen Fällen, umgangen, indem die die Behörden ihn älter „gemacht" haben.

Am 16. April ereignete sich der zweite Suizid innerhalb weniger Wochen: die 34-jährige Yeni aus Indonesien, die seit Anfang März in Abschiebehaft saß, im Hamburger Frauenknast Hahnöfersand erhängte sich.

Autonomes Zentrum in Köln besetzt

Köln Die Kampagne „pyranha – für ein Autonomes Zentrum (mit Tanzfläche)" konnte nach anderthalb Jahren Vorbereitung und Kampagnenarbeit bekannt geben: In Köln-Kalk wurde ein Autonomes Zentrum besetzt. Erklärtes Ziel ist es, ein autonomes, also selbstverwaltetes, unabhängiges und unkommerzielles Zentrum für Kunst, Kultur und Politik in Köln zu etablieren. Dem Motto „AZ kommt – so oder so" entsprechend wurden bei der Vorbereitung verschiedene Wege beschritten: Neben öffentlichen Aktionen, Demos, Verhandlungen mit etablierten Parteien und strategi-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

schen Bündnissen mit Kölner Gruppen war die Wochenendbesetzung im letzten Juli ein kurzer Vorgeschmack auf die dauerhaft geplante Gründung.

Bisher beschränkt sich die Polizei auf Schikane, wie etwa massenhafte Platzverweise. Die Besetzer_innen richten sich hingegen häuslich ein, organisieren sich, planen die nächsten Schritte und – nicht zuletzt – feiern ihr neues Zentrum.

Alles Gute euch!

Für mehr besetzte Zentren!

In Bau befindender Abschiebeknast besetzt

Rotterdam In den frühen Morgenstunden des 25. März besetzten etwa 50 Aktivist_innen den zukünftige Abschiebeknast Zestienhoven, welcher nah am Rotterdamer Flughafen liegt und Platz für mehr als 500 Abschiebehäftlinge bieten soll .

Ein Teil der Antira-Aktivist_innen stieg auf das Dach den Neubaus und entrollte ein Transparent mit der Aufschrift „Schande". Ein anderer Teil kettete sich an die Haupttore der Baustelle.

Sehr bald erschienen die Bullen und begann mit der Dokumentation der Aktivist_innen durch Fotografieren. Während die nicht angeketteten Aktivist_innen ohne Überprüfung ihrer Personalien den Aktionsort verlassen konnten, wurden die angeketteten Aktivist_innen verhaftet. Diese wurden erst am nächsten Tag nach einer Demo, auf der ihre Freilassung lautstark gefordert wurde, auf freiem Fuß gelassen.

Sans Papiers geräumt

Paris Ein seit Monaten von „Papierlosen" besetztes Haus an der Rue du Regard in Paris (6° Arrondissement) wurde am 1. April von der Polizei geräumt. Das Gebäude, das einem Fonds für Weiterbildung des Baugewerbes gehört, war von rund 250 Besetzer_innen in ein Zentrum der Bewegung für die Legalisierung von illegalisierten Arbeiter_innen verwandelt worden.

Der Großteil der Besetzer_innen befand sich im Streik gegen die Entrechtung und Ausbeutung in der Pariser Baubranche. Offizielle (!) Schätzungen gehen von 200 000 bis 400 000 illegalisierten Arbeiter_innen allein in Paris aus. Seit sechs Monaten befinden sich 6 000 illegalisierte Arbeiter_innen im Streik. Neben großen Demonstrationen, Streik und Solidarisierungen durch Prominente und Gewerkschaften macht die Bewegung besonders durch Besetzungen auf sich aufmerksam. Zahlreiche Zeitarbeitsfirmen sind nach wie vor besetzt und einige besetzte Großbaustellen wurden brutal geräumt. Neben zahlreichen „kleineren" Besetzungen, wie das Haus der Rue de Regard, gibt es aber nach wie vor beispielsweise das „Ministerium für die Legalisierung aller Papierlosen", in dem 600 Menschen wohnen und das ein Kollektiv von 3000 illegalisierten Aktivist_innen organisiert ist.

Was aus den Aktivist_innen aus dem Haus in der Rue de Regard geworden ist, ist uns leider nicht bekannt.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Kameraüberwachung und Widerstand dagegen
Oldenburg Seit gut fünf Jahren wird über die Aufstellung polizeilicher Kameras in der Innenstadt (Lefferseck und Lappan) diskutiert. Trotz der Ablehnung durch den Rat der Stadt stellt Niedersachsens Innenminister Schünemann klar, dass er auf den Widerstand der Bevölkerung »keine Rücksicht nehmen [könne], da es um das Sicherheitsinteresse der Bürger« gehe und peitscht sein Pilotprojekt durch – nun sollen die 120 000 € teuren Kameras bis Ende April aufgestellt werden.

Die Kameras stehen noch gar nicht und schon regt sich Widerstand. Eine Gruppe ruft zur „öffentlichen Demontage" auf und will die Kameras wieder abhängen. Nach einem Bericht in der tageszeitung über die geplante Aktion hatte die Oldenburger Staatsanwaltschaft nichts besseres zu tun, als ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen „Anstiftung zu Straftaten" einzuleiten.

Mehr dazu unter:
kamerademontageol.wordpress.com
und natürlich regentied.blogsport.de

PR-Strategie des CIA für den Afghanistan-Krieg öffentlich gemacht
Washington Im April 2010 veröffentlichte die Online-Plattform Wikileaks ein eigentlich geheimes Papier des CIA, in dem es um die Möglichkeiten geht, die französische und deutsche Bevölkerung wieder auf Kriegskurs zu bringen. Nach Meinung des CIA Red Cell, die Rote Zelle des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes, die für unkonventionelle Lösungsansätze zuständig ist, sollten dafür in Deutschland im Wesentlichen auf drei Themen gesetzt werden. Erstens sollte suggeriert werden, dass eine Niederlage ‚des Westens' in Afghanistan eine erhöhte Terrorgefahr, mehr Rauschgifthandel und „Flüchtlingsströme" zur Folge hätte. Zweitens sollte auf den Obama-Faktor gebaut werden, dem in Deutschland viele Sympathien entgegengebracht würden und der als kompetent gelte. Und drittens sollten leidende, unterdrückte, afghanische Frauen in den Medien lanciert werden. Letzteres solle vor allem die um 22% weniger kriegsbegeisterten Frauen umstimmen.

Die Internetplattform Wikileaks (wikileaks.org) wurde weltberühmt, nachdem sie Anfang April ein Video veröffentlichten, in dem aus einem US-amerikanischen Apache-Helikopter über ein Dutzend Zivilist_innen abschlachtete. Der Skandal: Unter ihnen waren zwei Mitarbeiter der Nachrichtenagentur Reuters. Viele Mitarbeiter_innen von Wikileaks berichten seitdem von Verfolgungen und Einschüchterungsversuchen.

Geldstrafe für das „Gefangenen Info"
Berlin Das „Gefangenen Info" entstand 1989 während des 10. kollektiven Hungerstreiks als „Hungerstreik Info" und bot insbesondere den Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischem Widerstand eine unzensierte Plattform. Ihr internationalistisches Verständnis sorgte dafür, dass die politischen Gefangenen aus den unterschiedlichsten Ländern und Kämpfen darin repräsentiert wurden.

Die Zeitschrift verfolgt seit Beginn des ersten §129b-Prozesses in Stuttgart-Stammheim am 17. März 2008 intensiv die Entwicklungen der aktuellen „Anti-Terror-Prozesse" und leistet kontinuierliche, kritische Berichterstattung. Im Rahmen der Berichterstattung zu den §129b-Prozessen in Stuttgart-Stammheim und Düsseldorf druckte das „Gefangenen Info" im letzten Sommer einen Prozessbericht ab, in dem u.a. der vorsitzende Richter in Düsseldorf zitiert wurde. Die Veröffentlichung des besagten Prozessberichts brachte einen Strafbefehl gegen das Gefangenen Info über 2 800 Euro ein.

In dem besagten Bericht ging es um die Anhörung des Zeugen Nuri Eryüksel, welcher während seiner Haftzeit und der Folter in der Türkei erblindet war. Er verbrachte außerdem sechs Jahre in deutschen Gefängnissen, weil er wegen „DHKP-C"-Mitgliedschaft verurteilt worden war. An jenem Prozesstag verweigerte Eryüksel einen Teil der Aussagen, woraufhin er einen Monat in Beugehaft genommen wurde. Im Prozess am 21. April wurde das „Gefangenen Info" zu 80 Tagessätzen à zehn Euro verurteilt – mittlerweile wurde Berufung eingelegt.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Städtische Raumproduktion voll Widerstand und Selbstverwaltung

„Sie erleben gerade den Beginn einer neuen Bewegung für das Recht auf Stadt." - vollmundige Ankündigung auf der Demonstration „Die Stadt gehört allen" im Juni 2009. Ein halbes Jahr später konnte diese Bewegung Erfolge verzeichnen, die kaum jemand für möglich gehalten hätte: Eine bereits verkaufte Immobilie in zentraler Innenstadtlage wurde rekommunalisiert: das Gängeviertel. Eine städtische Debatte über die Absichten und Folgen von Immobilienverwertung und urbaner Planung ist in Gang gekommen. Wie ein Lauffeuer haben sich die Initiativen und der Slogan „Recht auf Stadt" über die Stadt ausgebreitet. Jüngst schob das Hamburger Oberverwaltungsgericht den Bauplänen des Vattenfall-Konzerns für die Moorburgtrasse (1) erstmal einen Riegel vor. Wow! Wie konnte das geschehen?

Frühsommer 2008: Das Centro Sociale wird als Stadtteiltreff und Kontrapunkt zur Gentrifizierung im Schanzenviertel eröffnet +++ April 2009: 130 KünstlerInnen ziehen nach Vertreibung von anderen Orten in Altona und St. Pauli in das Frappant, ein ehemaliges Karstadt-Kaufhaus +++ Juni 2009: Das Netzwerk Recht auf Stadt konstituiert sich: „Nehmen wir uns das Recht auf Stadt! Es liegt auf der Straße, es hängt in Bäumen und versteckt sich unter Pflastersteinen." +++ Juli 2009: Der Bezirk Altona gibt den Abrissplan für das Frappant bekannt. Stattdessen soll dort ein IKEA-Kaufhaus gebaut werden +++ 22.8.09: Das Gängeviertel, ein Arbeiterquartier aus dem 17. Jahrhundert, wird mit einer Bilderausstellung unter Schirmherrschaft von Daniel Richter besetzt. Im November kauft die Stadt das Quartier vom Investor zurück. Aktuell laufen Verhandlungen über die Nutzung +++ 27.8.09: Das Bürgerbegehren gegen IKEA wird angemeldet. Im Gegenzug gründet sich ein Pro-IKEA-Begehren mit Unterstützung des Bezirks, lokaler Presse, des Einzelhandels und der meisten Parteien. Im Winter steht der Konflikt im Zentrum der Hamburger Öffentlichkeit. Pro und Contra werden in Live Sendungen im Lokalfernsehen und in Presseinterviews verhandelt +++ Herbst 2009: „Not In Our Name, Marke Hamburg!" Ein Manifest zirkuliert im Internet. Verfasst haben es mehrere bekannte KünstlerInnen. Binnen kurzer Zeit unterzeichnen über 4.000 Leute. Das Manifest wird in der Hamburger Bürgerschaft diskutiert +++ 16.1.10: Das Hamburger Abendblatt (Springer) titelt: „Senat will Schutzschirm für die Mieter. Die Politik will in den Stadtteilen St. Pauli und St. Georg mit der Erhaltungsverordnung die weitere Gentrifizierung verhindern."

Die urbane Bewegung hat den Hamburger Senat dazu gebracht, sich in ihrem Vokabular von seiner eigenen Politik zu distanzieren. Hamburgs „kreative Klasse" hat ihre Ansprüche gegen die „Marke Hamburg" in Stellung gebracht, die als „pulsierende Metropole" Kulturschaffenden das anregendste Umfeld biete. Nichts an der neuen urbanen Bewegung erinnert an die konfrontativen Strategien, die die BesetzerInnen der Hafenstraße in den 1980er Jahren anwandten. Oder doch? Frank John aka mctimetunnel, Hafenstraßenbewohner der frühen Stunde, geht im Selbstgespräch auf stadtpolitische Erkundungstour.

mctimetunnel: Was sind, was waren für dich wesentliche Faktoren bei der Entstehung dieser städtischen Unruhe?
Frank John: In der Stadt ist genügend kritische Masse entstanden, um eine Kettenreaktion in Gang zu setzen. Es gibt den Wunsch, eine als unzumutbar empfundene Situation zu verändern und die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Dieser Wunsch hat in einem sehr gut platzierten Ereignis seinen Katalysator und Umschlagpunkt gefunden - das war die Besetzung des Gängeviertels. Die Menge kleiner lokaler Geschichten und Anekdoten haben die Eigendynamik einer städtischen Erzählung angenommen. Bewaffnet mit Klischees des politischen Gegners und des Mainstreams und durch die Thematisierung der eigenen sozialen und subjektiven Lagen (sei es als Künstlerin, Mieterin, Bürgerin, Schrebergärtnerin) hat die Produktion von etwas Gemeinsamen begonnen.

Was sind das für „kleine lokale Geschichten und Anekdoten", von denen du sprichst?
Vorweg. Was ich in Hamburg über die letzten 20 Jahre erlebt habe, war die kontinuierliche, widerborstige und gemeinwesenorientierte Präsenz einer Kritik der öffentlichen Räume und des kommunalen Ausverkaufs. In den 1990er Jahren standen die Stadtteile St. Georg und St. Pauli mit dem Symbol Park Fiction (siehe ak 449) und den Konflikten um die Drogenpolitik im Zentrum der Aufmerksamkeit. In dem Kontext hat auch eine bemerkenswerte Aktion stattgefunden: die Besetzung des Hafenkrankenhauses durch NachbarInnen in Kooperation mit PatientInnen und Angestellten gegen die Schließung.

Die Proteste rund um die Räumung des Bauwagenplatzes Bambule Ende 2002 haben einen Einschnitt markiert. Trotz kreativer Präsenz auf der Straße hat der Protest keine Veränderung mehr bewirkt. Dennoch hat sich diese Kritik über die Stadt ausgebreitet.

In den letzten Jahren hat es eine beständige Debatte um die Rolle von KünstlerInnen und anderen WissensarbeiterInnen in städtischen Entwicklungsprozessen gegeben. Dazu hat ein

Teil der Hamburger Künstlerschaft eine Machtprobe mit dem Establishment des Kulturbetriebs, dem Hamburger Kunstverein, gewagt. Ob Kunst einen gesellschaftlichen Auftrag hat, sich selbst genügt oder Ware ist, war auch in den Studiengebührenstreiks an der HfbK (Hochschule für bildende Künste) Thema.

Die jahrelangen Kontroversen um Volksentscheide und Bürgerbegehren runden das tief empfundene Misstrauen gegen die Politik Hamburg ab. Diese Storys blieben unverbunden, bis mit der Initiative für ein Centro Sociale eine erste Entscheidung für einen eigenen Weg getroffen wurde. In diesen Geschichten gab es eine Ausbildung, Schulung und Organisierung von Kritik plus Aneignung von Wissen über die politischen, ökonomischen und medialen Diskurse und Mechanismen in der Stadt. Der Dokumentarfilm „Empire St. Pauli" produzierte die passenden Bilder und schürte im Sommer 2009 Zorn bei tausenden ZuschauerInnen (ak 539). Bei Park Fiction war ein Slogan „Die Wünsche werden die Wohnung verlassen". Heute verlassen die Wünsche und Initiativen ihre Hinterhöfe.

Wie siehst du als Teilnehmer der Hafenstraßenbesetzung der 1980er Jahre die Shooting Stars vom Gängeviertel?
Diese Besetzung war klug geplant. Die TeilnehmerInnen hatten überlegt, was sie wollen und welche Mittel ihren Möglichkeiten und Lebenslagen entsprechen. Dafür wurde eine Menge Know-how aus lokalen und internationalen Quellen und Begegnungen aufgenommen. So entstand eine Argumentation, die sowohl das über Jahre angesammelte Unbehagen als auch die Wünsche in der Stadt artikulierte und in eine Form übersetzte, mit der sich viele identifizieren konnten.

Zur Hafenstraße: Einige hatten Ende der 1980er Jahre eine Ausdehnung in den Stadtteil begonnen aus den Erfahrungen, die wir während der Barrikadentage gemacht hatten. Diese Militanz war kaum zu toppen, ihre Unterstützung nicht beliebig abrufbar. Was für heute wichtig ist: In diesen fast 15 Jahren Stadtteilkämpfen sind informelle Beziehungen, Vertrauensverhältnisse, Infrastrukturen und Selbstbewusstsein gewachsen, die heute präsent sind. Sie haben sich in die lokalen Geschichten eingeschrieben und in die aktuelle Bewegung transformiert.

Unsere Geschichte hat einen tiefen Abgrund offenbart. Sie hat gezeigt, wie weit die Spaltung in der Stadt reicht. Viele überlegen sich, ob sie da noch einmal reinblicken wollen. Sie fragen sich, ist eine Konfrontation wie zu Zeiten der Hafenstraße wünschenswert? Was sind heute die Einsätze, mit denen die Beteiligen die Auseinandersetzung gewinnen können? Die BesetzerInnen aus dem Gängeviertel wussten, das die Bilder einer Ausstellung eine Waffe sein können. Auch sie achten darauf, was ihr Spiel ist, was sie können und was nicht. Heute würde die Politik allzu gern die Militanz der 1980er Jahre herbeireden. Damit könnte sie einfacher umgehen als mit der aktuellen Bewegung.

Mit dem Bürgerbegehren für das IKEA-Kaufhaus musstet ihr eine empfindliche Schlappe einstecken ...
Shit happens. Dass der Gegner kämpft, kann man ihm nicht vorwerfen. Vielen war klar, dass das Bürgerbegehren ein zweischneidiges Schwert ist. Auch wenn die Proteste große Aufmerksamkeit erreicht und zeitweise den Diskurs in der Stadt bestimmt haben, bedeutet das nicht, dass sie die Stimmung aller BürgerInnen repräsentieren. Die schweigende Mehrheit hat sich in der Abstimmung für das IKEA-Kaufhaus in Altona mobilisiert - und gegen das Frappant als Stein gewordene Enttäuschung des Wohlfahrtsversprechens der 1970er Jahre.

Der gesellschaftliche Mobilisierung und Polarisierung im Bürgerbegehren, der Öffentlichkeit der Argumente und dem Infragestellen städtischer Planungsprozesse gewinne ich viel Positives ab. Es hat jede Menge Spaß gemacht, und unser Anliegen ist eine unüberhörbare Stimme in der Stadt geworden.

Meine Meinung: Die Entscheidung zum Baustopp der Moorburgtrasse ist ein klares Signal, dass es nicht einfach so weitergeht. Es bedeutet, dass auch andere Kreise sich Gedanken machen, wie sozialer Friede aussieht bzw. wer welchen Preis dafür zahlt.

Nun versucht die Politik einen Diskurs, der repräsentative Legitimation im Namen des Allgemeinwohls wieder gewinnen will. Den Bürgerinitiativen und dem Recht-auf-Stadt-Zusammenschluss wirft sie die Betonung von Partikularinteressen vor.
Ja, und zu Recht. Wir artikulieren besondere - partikulare - Interessen, die in der städtischen Politik nicht mehr vorkommen. Mannigfache Bevölkerungsgruppen wurden mit ihren Interessen weder von Gewerkschaften, Parteien, noch von Kirchen oder Verbänden repräsentiert. In den Handlungskonzepten rund um das Gängeviertel, Centro Sociale und Frappant gibt es eine bemerkenswerte Bereitschaft zur Selbstverwaltung. Es geht nicht allein um Rekommunalisierung, sondern den städtischen Wohnungsbaugesellschaften oder der Stadtentwicklungsbehörde wird auch die Kompetenz und die Bereitschaft zur Orientierung am Gemeinwohl abgesprochen.

Lieber wollen Initiativen mit für ihre Verhältnisse unglaublichen Summen die Grundstücke selbst kaufen. Bei Geldsummen von fünf bis 50 Millionen Euro für Kauf und Sanierung reden wir über eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Sprecherinnenpositionen in der Stadt. In der Recht-auf-Stadt-Debatte positionieren sich gesellschaftliche Subjektivitäten, die ihren Platz in der Stadt offensiv einfordern und mit ihrer Kompetenz die Spielregeln in Frage stellen.

Das Schwabinggrad Ballett nennt seine April-Premiere „Business Punk City". Einige im Euromayday wie bei Recht auf Stadt sagen „Die Stadt ist unsere Fabrik". Geht ihr jetzt in die Produktion?
Wenn der halbe Lohn für die Miete draufgeht, dann reden wir auch über städtische Einkommensfragen. Es ist nicht zufällig, wer das Gängeviertel besetzt hat. Welche junge Künstlerin soll in Hamburg ein Atelier bezahlen? Es ist nicht zufällig, dass die Schreberspacken in meinen Augen die interessanteste Website zum Thema haben. Es ist nicht zufällig, wer das Manifest „Not In Our Name" geschrieben, publiziert und unterzeichnet hat. Es ist nicht zufällig, dass sich der ganze städtische Diskurs um das Kreative und das Wissen als Standortfaktor dreht. Weil es nämlich um einen Standort geht, an dem ein Leben, mit dem ich oder andere einverstanden sind, zur (Überlebens-)Kunst gemacht wird.

Es sind genau die Leute, die das „keine Zeit" und keine Erholungsorte haben, das schlechte Geld für gute Arbeit, das ständig auf Achse sein, zu gut und bis zum Überdruss kennen, um ewig so weitermachen zu können. Deshalb werden soziale und kulturelle Fragen räumlich gestellt. Es braucht Orte, an denen das verhandelt wird. Orte, an denen das produziert wird. Orte, an denen das öffentlich wird.

Manche empfinden den Begriff der Fabrik als Provokation, weil sie damit nur Abscheu, Unterwerfung und den Stumpfsinn der Lohnarbeit verbinden. Aber das - stumpfsinnige Arbeit, Unterwerfung bei AuftraggeberInnen, Abscheu erregende Missstände - erleben wir auch in den „Wow-wie-kreativen-und-selbstbestimmten" Tätigkeiten.

Die Fabrikallegorie fragt altmodisch: Wenn die Stadt zur Produktions- und Konsumzone mutiert ist, wer hat das Kommando über die Arbeit und wie sieht ProduzentInnenmacht oder Selbstverwaltung aus? Wo findet die Betriebsversammlung im Unternehmen Stadt statt und welches Branding drücken wir der Marke Hamburg bis zur Unkenntlichkeit auf?

Frank John aka mctimetunnel

Anmerkungen:

1) Im Oktober 2007 geht das Kohlekraftwerk Moorburg in Bau. Eine Fernwärmeleitung soll quer durch die Stadt gelegt werden - die Moorburgtrasse. Im Zug der Bauarbeiten sollen Quartiere mit einkommensschwachen MieterInnen sowie Parks abgerissen oder umgewidmet werden. Im Februar 2010 stoppt das Gericht den Bau und mahnt ein umfangreiches Planfeststellungsverfahren mit Bürgerbeteiligung an.

aus ak Nr. 548

Besetzer mit Marketingkompetenz

Das Hamburger Gängeviertel soll zu einem Kunst- und Kulturquartier umgebaut werden. Die Initiative »Komm in die Gänge« und die Stadt haben sich nun auf eine aktive Zusammenarbeit geeinigt.

»Synergien nutzen« – »Ehrenamtliche Arbeit als Kostenersparnis« – »Wir bieten der Stadt ein Geschenk.« Derartige Sätze fielen auffallend häufig während der Power-Point-Präsentation der Initiative »Komm in die Gänge«. In schönster Marketingsprache stellten Vertreter und Vertreterinnen der Initiative am Samstag ihr Nutzungskonzept für die zwölf Häuser in innenstadtnaher Lage vor.

Die eigenen Belange, wie die mangelnde Bereitstellung von Räumen für Künstler durch die Stadt, oder das Desinteresse an hamburgischen Kunstproduktionen, sind mittlerweile kein Thema mehr. Denn die Stadt Hamburg hat den kreativen Wert des im August besetzten Gängeviertels erkannt und schätzt das Engagement. Und auch, wie wenig es im Vergleich zu den Prestigeprojekten Elbphilharmonie oder Hafencity kostet.

Bei der Besetzung des Viertels ging es darum, Abrisspläne und Luxussanierungen zu verhindern. Mit ihren kulturellen Veranstaltungen konnte die Initiative möglichen Investoren Konkurrenz machen und kam medial und politisch so in Gang, dass sie ihr Nutzungskonzept »Komm in die Zukunft« nennen konnte. Denn eine Zukunft hat sie jetzt. Bereits im Dezember kaufte die Stadt Hamburg die an den holländischen Investor Hanzevast übertragene Fläche für 2,8 Millionen Euro zurück. Am Freitag voriger Woche legte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) erstmals ein Papier über »Eckpunkte und Überlegungen zur Nutzung« vor, das auf den ersten Blick den Vorstellungen der Künstler und Künstlerinnen entgegenzukommen scheint.

Für Wohnraum, Werkstätten und Ateliers stehen 70 Prozent, für künstlerisch passende Gewerbetreibende 20 Prozent der Fläche zur Verfügung. Auf den restlichen zehn Prozent soll ein soziokulturelles Zentrum entstehen. Beide Seiten sind sich darüber einig, dass das Grundstück in städtischer Hand verbleiben soll. Durch Fördermittel der EU, des Bundes und der Wohnungsbaukreditanstalt sollen die Häuser denkmalgerecht saniert werden. Ein Architekt der Initiative erhielt schon Anfragen von Ausbildungsträgern, die helfen wollen, die Fassaden instand zu setzen; auf dieses Angebot möchte die Initiative gerne zurückgreifen.

Das Gängeviertel besitze nun Modellcharakter und habe ein großes Umdenken ausgelöst, beurteilt Till Wolfer den erreichten Forschritt. Seit Monaten bemüht er sich mit anderen in der Verhandlungsgruppe der Initiative, bei der Stadt für ihre Interessen zu werben. Christine Ebeling, die Pressesprecherin, sieht das Gängeviertel mittlerweile als Quelle für Motivation und für Mut zum Handeln. Und gehandelt werden musste aus Sicht der Künstler, viele drohten, nach Berlin oder Leipzig abzuwandern, wo es bessere Arbeitsbedingungen für sie gibt.

»Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg« heißt nun die Formel, die auch in einer im Januar von der BSU herausgegebenen Studie übernommen wurde. In Anlehnung an die Schriften des US-amerikanischen Stadttheoretikers Richard Florida soll die Entwicklung einer »kreativen Klasse« ermöglicht werden, ein Aushängeschild, das neben anderen Faktoren, wie einer offenen Schwulenszene, die Attraktivität einer Großstadt steigere. Bunt und lebendig soll die Marke Hamburg sein, in die sogar die Hafenstraße und die Rote Flora passen. Die wesentlich handzahmeren Künstler werden noch schneller und mit eigenem Zutun für die Stadtbelebung eingespannt. Ein kulturelles Erlebnisviertel und kreativer Freiraum sollen in Selbstverwaltung entstehen. »Wer wen instrumentalisiert, wird sich auf lange Sicht zeigen«, meint Wolfer. »Auf keinen Fall sollen hier, wie in Berlin, die zweiten Hackeschen Höfe hochgezogen werden«, sagt er und betont, dass das Gängeviertel auch ein Ort für soziale und politische Bewegungen sein soll.

Ein hohes Maß an Offenheit garantiert der Pressesprecher der BSU, Enno Isermann, der Initiative. Dementsprechend sind die vorgelegten »Eckpunkte« ein roter Faden für die Sanierung und Bespielung des Viertels, der viel Raum lässt für Nachverhandlungen und Auseinandersetzungen. Und die werden kommen, sollte die Initiative an ihrem Wunsch nach einer Selbstverwaltung des Gängeviertels festhalten. »Es besteht eine Notwendigkeit, feste Strukturen zu suchen, die langfristig tragen, auch unabhängig von der Struktur, die aktuell da läuft«, sagt Isermann, der nur einer teilweisen Selbstverwaltung zustimmt. Gewerbeflächen zu den marktüblichen Preisen und sozialer Wohnungsbau sollen entstehen.

Wie soziale Projekte diese Gewerbemieten tragen sollen, bleibt offen. Geklärt ist hingegen die Vergabepraxis der Ateliers von Seiten der Initiative. Gremien, die nicht nur mit Bewohnern und Mitgliedern der Initiative, sondern auch mit Vertretern externer Stellen, wie Stiftungen, besetzt werden sollen, entscheiden anhand von eingereichten Bewerbungsmappen über eine Zusammenarbeit. Das einzige und sehr vage formulierte Kriterium dafür soll die Verschiedenartigkeit sein. Angetreten ist die Initiative »Komm in die Gänge« gegen eine Durchökonomisierung der Städte, angekommen ist sie nun bei Überlegungen zu Wirtschaftlichkeit und einem ansprechenden Kulturbetrieb zur Stadtverschönerung. Schade eigentlich.

aus der jungle world 15/10

Von Hausbesetzungssets und Sprechstunden

Ein Interview mit zwei Hausbesetzern aus den Niederlanden über die Situation und Geschichte des Häuser besetzens in einem Land, in dem es (bis jetzt noch) gar nicht so schwer ist, keine Miete zu zahlen.

Inwiefern seht ihr euch als Teil der Kraak-Bewegung in den Niederlanden, was ist euer politischer Background?

Kris Meinona: Naja, wir haben innerhalb unserer Gruppe viele verschiedene politische Hintergründe und repräsentieren auch nur die Kraak-Bewegung unserer Stadt. Natürlich gibt es Kontakte zu anderen Städten, aber wir wollen auf die lokale Politik Druck ausüben und die Leute in der Stadt durch unsere Aktionen erreichen, weswegen es schwierig ist, das auf die ganzen Niederlande zu beziehen.

Stijntepluis: Was mich persönlich angeht, ich besetzte Häuser, weil ich finde, dass es idiotisch ist, Häuser, die Leute nicht mehr benutzen, leer stehen zu lassen. Also gebrauche ich sie. Was das politische angeht, bin ich nicht wie die meisten Hausbesetzer_innen in Holland, denn ich bin nicht komplett links, aber natürlich stimme ich in vielen Dingen linken Positionen zu.

Was ist "kraken" und wie läuft es ab?

K: Kraken heißt Häuser besetzen. In Holland ist es legal wenn du ein Gebäude besetzt, das mindestens ein Jahr lang leer stand. Du brichst einfach die Tür ein, stellst ein Kraakset, also einen Stuhl, einen Tisch und ein Bett ins Haus und rufst die Polizei. Die Polizei kommt vorbei und überprüft ob das Haus wirklich leer ist. Es kommt darauf an, in welcher Stadt du lebst, aber meistens kriegst du keinerlei Probleme dabei.

S: Aber wenn der_die Hausbesitzer_in das Gebäude benutzen will, besteht immer die Möglichkeit für sie_ ihn vor Gericht zu gehen. Es gibt zwei Varianten von Gerichtsverfahren: Wenn er_sie das Haus innerhalb kurzer Zeit gebrauchen will, findet der Prozess innerhalb von zwei Wochen nach der Bekanntmachung der Besetzung statt. Das Gericht entscheidet, ob der_die Besitzer_in Zugang zu seinem_ihrem Haus bekommen muss. Dafür muss er_sie beweisen, dass er_sie das Haus benötigt. Das ist meistens der Fall und dann reißen sie das Haus ab, renovieren es oder was auch immer.

Die zweite Variante ist, wenn vor Gericht festgestellt werden muss, wer der_die Besitzer _in des Hauses ist, weil es nicht geklärt werden konnte. Aber das dauert viel länger und passiert seltener.

Könnt ihr kurz auf die Geschichte der Kraak-Bewegung eingehen und erzählen wie es dazu kam, dass das Kraken legalisiert wurde ?

S: Es wurde legalisiert weil es schon getan wurde, vor allem in Amsterdam. Du musst es im Kontext mit der Zeit sehen...

K: ...Ende der sechziger Jahre...

S: ...nein, als es legalisiert wurde, das war noch später. Aber ja, es war ein anderer Kontext. Würde erst jetzt mit kraken angefangen und es wäre noch nicht legal, würde es niemals zu so einem Gesetz kommen. Es gab damals viel mehr...

K: ...Möglichkeiten.

S: ja, Möglichkeiten, verschiedene Kräfte zu vereinen und zu sagen, so ist es nicht richtig, wir wollen es so und so. Viele Dinge wurden unternommen, die gegen das Establishment waren und wo es darum ging, selber was auf die Beine zu stellen, autonom zu handeln und das hat sich auch im Kraken ausgedrückt.

K: Und ganz praktisch war es einfach ein großes Problem, vor allem in Amsterdam: Fast fünfzig Prozent der Häuser im Zentrum standen leer und gleichzeitig gab es viele junge Menschen, Paare, Student_innen, junge Familien, die sich keine Miete leisten konnten und die sahen natürlich was alles leer stand. Und auch wie Stijntepluis sagt, andere politischen Aktivist_innen, Feminist_innen, Provos*, Hippies etc, die haben alle die Kraak-Bewegung unterstützt und mitgeprägt.

Was ist "Anti-kraken"?

S: Anti-kraken ist zeitlich begrenzt: Wenn ein_e Hausbesitzer_in verhin-

dern will, dass sein_ihr leerstehendes Haus besetzt wird, lässt er_sie über eine vermittelnde Anti-Kraak-Agentur Leute für einige Zeit darin leben, so dass es nicht leersteht und also nicht besetzt werden kann. Das Problem dabei ist, dass du überhaupt keine Rechte hast. Normalerweise, wenn du ein Haus in Holland mietest hast du eine Menge schützender Gesetze. Ein_e Hausbesitzer_in kann dich nicht einfach rauswerfen ohne Gerichtsverfahren, sie_er kann nicht zu jeder beliebigen Zeit ins Haus kommen und so weiter. Wenn du anti-krakst gibt es überhaupt keinen Mieter_innenschutz und je nach Anti-Kraak-Agentur, an die du eine Vermittlungsgebühr zahlen musst, die verschiedensten schikanierenden Regeln. Wenn dir gekündigt wird, hast du kein Recht auf eine andere Wohnung, wenn die_der Besitzer_in oder Anti-Kraak-Agentur kommen wollen, können sie das tun wann immer sie wollen. Du kannst keine Party in deinem Haus geben, wenn du mehr als zehn Leute in deinem Haus hast musst du anrufen und fragen, ob du zehn Leute in deinem Haus haben darfst. Du kannst nicht einfach in den Urlaub fahren, sondern musst ihnen Bescheid sagen, dass du in den Urlaub fahren willst. Du kannst keine Kinder haben, du kannst keine Haustiere haben, ohne zu fragen. Anti-kraken ist wie eine legale Art und Weise Geld auf anderer Leute Rücken zu machen ohne auch nur irgendetwas für sie zu tun, zum Beispiel am Haus was zu reparieren. Jede_r einzelne von meinen Freund_innen, die in einem Anti-Kraak gewohnt haben, bereuen es. Sie mussten lächerliche Regeln einhalten, Leute kamen zu unmöglichsten Uhrzeiten unangekündigt herein, sie wurden gezwungen, ihr Haus sauber machen weil sie sonst rausgeworfen worden wären... Kraker_innen haben tatsächlich viel mehr Rechte als Anti-Kraker_innen. Wenn du den Vertrag dazu unterschreibst, gibst du die meisten Rechte, die du hast auf.

K: Als der Besitzer von unserem besetzten Haus wollte, dass wir einen Vertrag unterschreiben, war da eine Regel drin, die besagt hat, dass wenn jemand ein Graffiti an die Hauswand malt, müssen wir 25000 Euro bezahlen plus 500 Euro für jeden Tag, den das Graffiti noch da ist.

Glaubt ihr, dass Anti-Kraken echtes Kraken weniger politisch gemacht hat?

S: Die meisten Kraker_innen, die ich kenne, sind entschieden gegen das Anti-Kraken. Es wurde angefangen als wäre es eine soziale Sache, aber eigentlich geht es nur um Profit - wo Kraken eben genau gegen ist, nämlich Geld zu machen auf dem Rücken anderer Leute.

Zurück zum echten Kraken: In vielen Städten gibt es sogenannte Kraakspreekuurs (KSU), die meist wöchentlich stattfindenden, öffentlichen Kraak-Sprechstunden. Was ist das Ziel von diesen?

K: Sie sollen übers Kraken informieren. Wenn Leute interessiert daran sind ein Haus zu besetzen, aber sie wissen nicht genau wie oder sind zu wenig Leute um es zu tun, können sie zur KSU kommen. Dann sie bekommen da Hilfe, wo sie welche brauchen und die Besetzung kann organisiert werden.

Was für Menschen nutzen die KSU?

K: Alle möglichen Menschen kommen zur KSU: Arbeitende Leute, Student_innen, Menschen, die in großen Schwierigkeiten sind weil sie aus ihrer Wohnung rausgeworfen werden oder wurden oder die finanzielle Probleme haben und sich keine Miete mehr leisten können.

Teile der niederländischen Regierungskoalition planen ein Kraak-Verbot, das jede Hausbesetzung illegal und mit bis zu über zwei Jahren Gefängnisstrafe strafrechtlich verfolgbar macht. Wie konkret sind diese Pläne?

S: Sehr konkret. Als legislative Strukturen haben wir die erste und die zweite Kammer. Aktuell geht das Gesetz von der zweiten Kammer, die es schon gebilligt hat, zur ersten Kammer, die nun versucht zu bestimmen, ob das Gesetz, so wie es jetzt ist, sinnvoll, umsetzbar und verfassungsgemäß ist. Und bis jetzt hat die erste Kammer schon einmal der zweiten Kammer einen Brief geschrieben mit Fragen dazu. Wirklich all die Fragen, die wir auch haben - warum wollt ihr dieses Gesetz, warum wollte ihr so lange Gefängnisstrafen fürs Kraken, was ist mit dem Leerstand von Häusern, welche anderen Lösungen habt ihr dafür? Sie wollen, dass jede Stadt in Holland einen zuständigen Beamten kriegt, der einen Leerstandsregister führt, wie wollt ihr das bezahlen? Weil jetzt Wahlen sind ist es ziemlich schwierig, denn wir haben nicht wirklich eine zweite Kammer. Aber gerade weil es noch dauern wird, denke ich, dass das Gesetz in seinem aktuellen Stand niemals durchkommen wird, weil

es ein idiotisches Gesetz ist, die Gefängisstrafe viel zu hoch ist und es keine akzeptable Alternative zum Leerstand darin gibt. Und das sind wirklich wichtige Dinge für die erste Kammer.

Außerdem haben die zwei Gemeindenvereinigungen, auch die die aus den fünf größten Städten Hollands besteht, schon gesagt, dass sie das Gesetz nicht wollen, weil es unmöglich für sie ist es umzusetzen. Es würde viel zu viel Geld kosten. Zum Beispiel in Amsterdam würde das bedeuten, gäbe es eine Besetzung und der_die Besitzer_in sagt, dass er_sie das Haus geräumt haben will, müsste die Polizei die Leute auf der Stelle rausholen und für jeden Tag, den sie die Leute nicht rausholen, ist die Stadt verantwortlich. Also könnte ein_e Besitzer_in zur Stadt sagen, wenn sie das Haus zum Beispiel nach drei Monaten räumen (wie sie es jetzt tun, etwa alle drei Monate räumen sie einige besetzte Häuser in Amsterdam), könnte der_die Besitzer_in sagen, okay, ich konnte mein Haus drei Monate lang nicht gebrauchen, also müsst ihr dafür bezahlen. Und das würde eine Menge Geld für die Städte und Gemeinden bedeuten. Es ist also recht kompliziert. Ich denke, letztendlich wird es ein Gesetz geben, aber sehr anders, als es jetzt ist, denke ich, hoffe ich.

Hat das Gesetzesvorhaben neue Dynamiken innerhalb der Bewegung oder sogar darüberhinaus ausgelöst?

K: Ja, natürlich. Es gibt mehr Bewegung in den letzten zwei, drei Jahren. Als die Pläne für das Gesetz aufkamen, sind wir zusammengekommen und wir machen gemeinsam eine große Faust gegen die die das Gesetz wollen. Ja, es lässt dich aufmerksam werden, du öffnest deine Augen und wir sagen uns, wir müssen etwas tun. In Städten wie Den Bosch und Amsterdam, Nijmegen oder Breda, waren sie auch vor der Dynamik durch das Kraak-Verbot organisiert. Aber in anderen Städten, in denen es vorher keine aktiven Kraak-Gruppen oder KSUs gab fing die Organisierung dadurch erst an und es sind viele neue Projekte entstanden. Neue Häuser wurden besetzt, auch von Leuten, die noch nie gekrakt haben, neue Umsonstläden wurden eingerichtet und so was alles.

Gibt es denn städteübergreifende Zusammenarbeit oder landesweite Organisierung?

K: Ja, es gibt monatlich ein Treffen in Utrecht, wo verschiedene Gruppen aus dem ganzen Land zusammen kommen. Sie diskutieren und planen Aktionen, die gemeinsam gemacht werden könnten,

S: ...koordinieren Aktivitäten und Mobilisierungen und so was. Das gab's auch schon bevor das Gesetz aufkam, aber damals kamen zehn Leute und das war viel und jetzt kommen weit mehr Leute und sind in Kontakt zueinander, was wirklich eine gute Sache ist.

**Was sind Provos?*

S: Provo ist die Kurzform für provozierend. Es war eine Bewegung in den Sechzigern. Die haben sich das „normale Mainstreamleben" angeguckt und versucht Menschen dazu zu provozieren anders zu denken. Also Leute dazu zu bringen, zu denken, was sie selbst haben, ist vielleicht gut, aber etwas anderes ist nicht perse schlecht oder vielleicht sogar besser als das, was sie selbst tun.

QUO VADIS, WASSERSTADT?

Im Sommer 2005 präsentierte Stadtbaurat Frank Egon Pantel erstmals seine Vision von einer „Wasserstadt" in Oldenburg, platziert auf einer Fläche von zehn Hektar rund um den Stadthafen.

Ein Modell aus dem aktuellen Standard-Modekatalog der Stadtplaner in Deutschland und weltweit. Kalte, großformatig geplante Architektur, angepriesen nach dem Geschmack von Investoren und Eigentümern. Die Werbesprüche dieser Planer versprechen ihnen regelmäßig hohe Renditen und höchst attraktive neue Stadtviertel - und das Modell liefert ebenso regelmäßig doch nur das Gegenteil.

Ein „modernes urbanes Quartier" frisch vom Reißbrett wollte Herr Pantel schaffen, durchzogen von Grachten an denen Villen mit privatem Bootsanleger stehen, gesäumt von zehntausend Quadratmetern Büroflächen und einer ganzen Kette von Restaurants. Eine Marina und ein „maritimes Kompetenzzentrum" sollten den Charakter des Viertels prägen, ein Vier-Sterne-Hotel für Publikumsverkehr sorgen.

BeobachterInnen fragten sich schon früh, welche Drogen man wohl braucht, um solch ein gigantomanisches Projekt als nützlich für Oldenburg und für hier realisierbar zu halten.

Oberbürgermeister Gerd Schwandner, ein weiterer Befürworter des Projekts hat die gewünschte Zielgruppe für diese Pläne mal sehr schön definiert: Ein Viertel für die „große zukünftige Elite Oldenburgs". Oder anders gesagt: Ein Viertel, nicht für die Menschen, die in Oldenburg leben, sondern ein virtuelles Viertel für virtuelle BewohnerInnen, die mit diesem Angebot noch angelockt werden sollen.

Was in diesen Planungen, die sich vom Arbeitsamt bis zum Wasserturm und bis auf die andere Hunteseite erstreckten in keiner Weise vorkam, waren diejenigen Menschen und Projekte, die es bereits in diesem Viertel gibt. Zum Beispiel die Oldtimerfreunde auf dem Schlachthofgelände, die Containergalerie Conga oder auch der Wagenplatz.

Inzwischen zeigt die Vision des Stadtbaurates deutliche Zerfallserscheinungen: Die Grachten, die das Viertel durchziehen sollten sind auf ein Planschbecken von knapp zehn Metern Länge geschrumpft. Aus den Villen wurden Doppelhausschachteln. Die Marina und das „Kompetenzzentrum" sind still und leise aus den Plänen entschwunden. Herr Pantel sitzt den Rest seiner Amtszeit ab und von Investoren ist weit und breit nichts zu sehen.

Das ist auch kein Wunder: Um den zentralen Planungsbereich für potentielle Bauherren attraktiv zu machen, benötigt es zunächst auf einer Länge von mehreren hundert Metern eine Randbebauung, die als bewohnter Lärmschutz dient. Schließlich schmiegt sich das Gebiet direkt an die Bahntrasse, die die einzige Zuganbindung für den kommenden Jade-Weser-Port darstellt. Wer soll hier diese Gebäude errichten? Grundstückspreise und Investitionskosten sind hoch, die Mieten für Wohnungen werden es an dieser Stelle nicht sein können. Ob sich diese fehlenden Einnahmen durch die massenhaft vorgesehenen Büroflächen ausgleichen lassen, ist doch sehr zweifelhaft.

Es würde etwas Mut auf Seiten der Politik erfordern, dieses Projekt jetzt nochmals kritisch zu hinterfragen. Nun ist schon mehrere Jahre darüber geredet worden und es schmerzt vielleicht, sich einzugestehen, dass hier Trugbilder am Werk waren und die Aussicht auf Geld aus Fördertöpfen den klaren Blick getrübt hat..

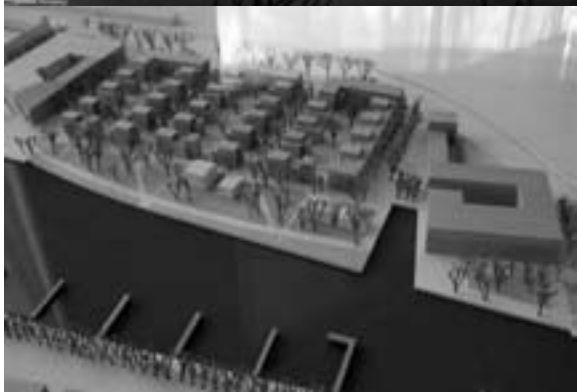
Es wäre schön, wenn sich die Verantwortlichen im Stadtrat mal ehrlich fragen würden, ob sie nicht dabei sind, dem scheidenden Baurat ein weiteres Denkmal zu errichten. Und ob dieses Denkmal dann eher ein Schmuckstück oder ein weiteres Schandmal werden würde.

Immerhin ist bislang noch relativ wenig Schaden entstanden. Es sind zwar etliche zehntausend Euro an Berater und Architekten geflossen, einzelne Menschen oder Projekte sind aus dem Viertel entschwunden, weil ihnen die Zukunft zu unsicher war, einige politische Vorbereitungen sind gefallen.

Aber bis jetzt ist noch kein Gebäude abgerissen, keine Fläche planiert. Es sind noch relativ wenig Haushaltsmittel ausgegeben worden, es gibt noch nicht mal einen Bebauungsplan.

Vielleicht lässt sich an dieser Stelle ja doch einmal die unselige Oldenburger Tradition durchbrechen, die Stadt selbst kaputt zu planen.

www.alter-stadthafen-oldenburg.de



STADTENTWICKLUNG AM HAFEN AUS SICHT DER WAGENBURG

Ein Wagenplatz kann Vieles sein:
Ein Ort für soziale und kulturelle Begegnungen und Raum für privaten Rückzug.

Ein Piratennest und eine Schrebergartensiedlung.

Ein Platz für Reisende und BesucherInnen und ein Platz um zu bleiben.

Ein Raum für gemeinschaftliches Handeln und für Individualität

Ein Punkrock-Abenteuerspielplatz und ein Hippie-Paradies.

Ein Ort für Leben nah an der Natur und ein Feld für angepasste Technik.

Ein Raum für provisorische Lösungen und für innovative Feinarbeit.

Ein Platz für ein Leben mit Beschränkungen und in ganz anderem Luxus.

Eine Projektionsfläche für Träume und Sehnsüchte und ein Ort um mit der harten Realität konfrontiert zu werden.

Ein Ort für wilde Aktivitäten und für gepflegtes Abhängen.

Unser Platz ist von allem etwas. Hier kommen Menschen mit ihren ganz unterschiedlichen Fähigkeiten, Kenntnissen, Bedürfnissen und Vorlieben zusammen und lassen so einen Ort entstehen, der sich auf eine organische Art nach seinen BewohnerInnen und NutzerInnen richtet. Ein Wagenplatz ist ein Ort, der sich ständig verändern kann und ständig verändert. Ein lebendiger Lebensraum.

Den Wagenplatz wegplanen?
Der Wagenplatz in Oldenburg gedeiht seit mittlerweile 16 Jahren auf dem alten Schlachthofgelände am Stau. Über diesem Platz schwebt allerdings seit 2005 das Damoklesschwert der „Wasserstadt".

Der Wagenplatz hat immer wieder Stellung zu diesen Plänen und zu unserer Zukunft bezogen. Und diese Aussagen gelten auch weiterhin:

1. Oldenburg braucht Wagenplatz
Egal was passiert, es muss weiter Platz für das gemeinschaftliche Leben in Wägen in Oldenburg geben. Und zwar auch in relativ zentraler Lage, wo das soziale und kulturelle Leben, das auf unserem Platz stattfindet, bestehen und sich weiterentwickeln kann.

2. Wir wollen hier nicht weg.
Dieser Ort ist gut genutzt. Wir, die wir hier wohnen und all unsere NutzerInnen, Gäste und BesucherInnen mögen diesen Platz, dort wo er ist. Zusammen mit unseren Nachbarn machen wir dieses Viertel schon lebendig. Hier hat sich ein vielfältiges und einzigartiges Stück Subkultur entwickelt, das von zahlreichen Menschen aus dieser Stadt und von weit her geschätzt wird. In diesem Viertel ist Lebens-Raum gewachsen, für das Leben in seinen vielfältigen Ausdrucksformen, entstanden auf Freiräumen in einer engen Stadt.

Wir schätzen unseren Platz und dennoch wollen wir die Nachteile nicht verschweigen:

Das Gelände ist zu klein. Für die Nachfrage, die wir hier seit Jahren kontinuierlich erleben, ist dieser Platz schlicht nicht ausreichend. Eine Abhilfe läge in unmittelbarer Nähe: Das angrenzende Bahngelände liegt seit über einem Jahrzehnt brach und schreit geradezu danach, als Erweiterung des Wagenplatzs in Gebrauch genommen zu werden. Ein zweiter Wagenplatz an anderer Stelle wäre sicher noch eine bessere Lösung.

Und ob wir in einigen Jahren immer noch so überzeugt hier bleiben wollen, wenn die Prognosen tatsächlich eintreffen und alle zwölf Minuten ein Güterzug vom neuen Containerhafen in Wilhelmshaven vorbeidonnert, können wir heute nicht beantworten.

3. Wir sind gegen das Projekt „Wasserstadt"
Auch wenn es jetzt „Quartier Alter Stadthafen" genannt wird.

Wir glauben, dass es sich bei diesem Projekt um ein Luftschloss handelt. Wir glauben nicht, dass sich die InvestorInnen finden, die auf das Funktionieren dieses Plans wetten wollen.

Wir sind auch ziemlich überzeugt davon, dass dies kein gutes Projekt werden würde, für die Stadt, in der wir leben. Dieser Plan wurde einfach von der falschen Seite aufgezogen.

4. Wir gehen nicht für eine Baubrache
Wenn die Stadt Oldenburg wirklich mittelfristig an diesen Plänen festhält, gehen wir nur unter klaren Bedingungen:

Erstens: Es muss deutlich werden, dass tatsächlich mit den Arbeiten für dieses Projekt begonnen wird. Insbesondere wollen wir sicher sein, dass es konkrete Zusagen für Bauprojekte real existierender InvestorInnen gibt. Reine vorbereitende Maßnahmen in der Hoffnung dass sich dann schon noch InteressentInnen finden werden können wir dazu nicht akzeptieren. Unseren Platz zu verlassen, um dann 15 Jahre lang an dieser Stelle eine Brache anzusehen, kommt für uns nicht in Frage.

Zweitens: Es muss einen vernünftigen alternativen Standort geben. Ein Ort, der für unsere Art der Flächennutzung geeignet ist und der Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Keine Investoren – und trotzdem Platzsuche?

Wir haben festgestellt, dass unsere Kritik an den Plänen für die Wasserstadt zwar von vielen EinwohnerInnen Oldenburgs geteilt wird, dass die Mitglieder des Stadtrates aber trotzdem dieses Projekt mittragen - und zwar quer durch alle Fraktionen. Und auch wenn die Verwaltung nach vier Jahren intensiver Werbung anscheinend noch keinen einzigen ernsthaften Interessenten vorweisen kann, so können wir nicht mit Sicherheit davon ausgehen, dass sich nicht doch noch InvestorInnen finden, die auf dieser Fläche ein Abschreibungsobjekt errichten wollen. Zu zahlreich sind die Bespiele aus anderen Städten, dass offensichtlich unsinnige Bauten errichtet wurden, um dann leer zu stehen.

Wenn es denn so weit kommen sollte, wollen wir die dann notwendige Platzsuche nicht unter Zeitdruck durchführen müssen. Dazu kommt, dass es in Oldenburg die Tendenz gibt, noch die letzte freie Fläche mit einem Supermarkt zuzubauen. Dadurch werden potentiell geeignete Gelände eher weniger als mehr.

Der jetzige Wagenplatz wurde von unseren VorgängerInnen unter großem Einsatz erkämpft. Darum sehen wir uns in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass das Leben im Wagen auch in Zukunft in Oldenburg möglich und attraktiv ist. Dafür beschäftigen wir uns jetzt schon seit rund zwei Jahren mit der Suche nach einem möglichen Alternativplatz.

„Akzeptierte Form des Wohnens"

Nach vielen Aktionen des Wagenplatzes und viel Unterstützung aus Oldenburg und anderen Städten ist auf Seiten der Stadt inzwischen angekommen, dass Oldenburg auch weiterhin Platz für das Leben im Wagen braucht. Der deutlichste Ausdruck davon ist ein Ratsbeschluss vom Februar 2008. Darin heißt es „Das Wohnen in Bauwagen, LKW und Bussen - wie es auf dem Wagenplatz ... praktiziert wird - stellt eine akzeptierte Wohnform dar, die dauerhaft auf einem möglichst zentral gelegenen Gelände gesichert werden soll." Zudem wird die Verwaltung beauftragt, zusammen mit dem Wagenplatz ein Gelände zu finden, das für die dauerhafte Nutzung als Wagenplatz geeignet ist und durch einen langfristigen Pachtvertrag gesichert werden soll. Dieser Beschluss wurde einstimmig angenommen - unter Enthaltung des Oberbürgermeisters.

Und wie sieht's aktuell aus?

Wir BewohnerInnen des Platzes haben inzwischen dutzende von Geländen unter die Lupe genommen. Dabei wurden zwei relativ geeignete Flächen gefunden und der Stadtverwaltung genannt: Eine Fläche an der Maastrichter Straße südlich der Weser-Ems-Halle, die von der Stadtverwaltung schon vor Jahren ins Gespräch gebracht wurde, außerdem das Gelände des ehemaligen Klärwerks am südlichen Hunteufer. Kaum dass diese Auswahl öffentlich gemacht wurde, gab es auch schon wichtige Hinderungsgünde, die diese Flächen aus Sicht der Stadt wieder aus dem Rennen warfen. An der Maastrichter Straße ist das Gelände plötzlich reserviert für den eventuellen Neubau einer Berufsschule. Neben dem Alten Klärwerk steht eine Lagerhalle, für die eine Genehmigung zur Einlagerung von Gefahrstoffen besteht, weswegen dort kein Wohnen zugelassen werden könne. Somit haben die Bemühungen, einen zukunftsfesten Standort zu finden zwei herbe Rückschläge zu verzeichnen.

Immerhin ist zu bemerken, dass sich die Verwaltung tatsächlich Mühe gibt, jetzt zu einem Ergebnis zu kommen, zumal mindestens die CDU-Fraktion im Stadtrat ihre Zustimmung zur Wasserstadt von einer Lösung für den Wagenplatz abhängig gemacht hat. Es bleibt also spannend. Trotz aller Widrigkeiten besteht einige Hoffnung, in den nächsten Monaten hier einen Schritt weiter zu kommen und einen Standort zu finden, an dem das Wagenleben in Oldenburg auch in Zukunft gesichert ist.

Einer von der Wagenburg

Stadt gehört uns allen

Aufruf zur autonomem 1. Mai Demo in Oldenburg

Zack – der erste Mai steht wieder vor der Tür und immer noch müssen wir uns über denselben Scheiß beklagen.

Ein Blick in die Zeitung oder, falls nicht vorhanden, in die Stadt, genügt um festzustellen, dass die Stadt Oldenburg nicht für alle da ist. So wird z. B. günstiger Wohnraum knapp, weil die Mieten steigen. Die Konsequenz: Menschen, die sich diese erhöhten Mieten nicht leisten können, müssen entweder Abstriche bei der Wohnqualität machen oder werden in Randbezirke verdrängt. Diese Verdrängung ist keine ungewollte Begleiterscheinung, sondern wird bewusst in Kauf genommen. Es geht darum, den Stadtteil profitabel in Wert zu setzen. In Oldenburg wird das seit einiger Zeit, unter anderem, an der Umstrukturierung des Hafen- und Bahnhofsviertels konkret sichtbar: Hier soll ein „schickes" Viertel für die kreative, neureiche Elite entstehen. Alternative Wohnkonzepte, wie z. B. die seit mehr als 15 Jahren bestehende Wagenburg am Stau sollen dem neuen Schicki-Projekt der Stadt , der so genannten „Wasserstadt", weichen. Auch die mehrtägige Hausbesetzung in der Osterstraße, die im Oktober 2009 stattfand, wurde schnell mit einem großen, überzogenem Bullenaufgebot geräumt.

Auch die Vertreibung von Menschen, die nicht in das Konsumbild der Mehrheitsgesellschaft passen, zeigt, dass Lebenskonzepte abseits der so genannten Norm, nicht toleriert werden.

Vielmehr gilt es, die Stadt durch zu ökonomisieren, sie in private Hände abzugeben, um sich gesellschaftlicher Verantwortung zu entziehen und die Stadt zum Unternehmen zu machen.

Um dies umzusetzen wird, durch erste polizeiliche Kameras in der Oldenburger Innenstadt, die Kontrolle und Überwachung des öffentlichen Raumes enorm verstärkt. Aber auch die angezettelte Debatte darum, bei Hartz IV nur mehr Pauschalen statt ausreichender Beträge für die Unterkunftskosten zu zahlen, zielt in die selbe Richtung: Erwerbslose und Niedriglöhner_innen sollen noch weniger als heute bekommen. In den letzen Jahren hat sich in Oldenburg jedoch gezeigt, dass mensch sich sowas nicht gefallen lassen muss. So konnten hier deutlich höhere Unterkunftskosten durchgesetzt werden, als die ARGE und das Sozialamt je wollten.

Doch auch am Rande Oldenburgs machen sich Veränderungen bemerkbar:

Das Abschiebelager Blankenburg soll zum 30. Juni 2011 geschlossen werden. Allerdings nicht, weil endlich begriffen wurde, dass die dort herrschenden Bedingungen menschenunwürdig sind. Vielmehr sind die Grenzen Europas mittlerweile militärisch so gut geschützt, dass es einfach kaum noch Flüchtlinge überhaupt nach Deutschland schaffen und die Lager in Bramsche und Braunschweig vollkommen ausreichen um die wenigen Flüchtlinge aufzunehmen. Klar auch, dass dann Blankenburg geschlossen wird, gab es dort doch den meisten Widerstand (beispielsweise der Streik im Herbst 2006).

Wir begrüßen grundsätzlich die Schließung Blankenburgs, die Bewohner_innen Blankenburgs müssen dann aber selbst entscheiden können wo und wie sie leben wollen! Genau dieses Recht will die Stadt Oldenburg ihnen aber vorenthalten.

Bisher musste die Stadt wegen der ZAAB Blankenburg keine Flüchtlinge aufnehmen. Mit der Schließung müssten nun Flüchtlinge in Oldenburg dezentral untergebracht werden, die Stadt will sich darum aber drücken, indem sie von Wohnungsknappheit spricht und überlegt, Blankenburg selbst weiter zu betreiben.

Alle Menschen haben das Recht ein selbstbestimmtes Leben zu führen und das heißt auch, dass alle Menschen selbst entscheiden, wo und wie sie leben wollen.

Bewegungsfreiheit für alle! Lager abschaffen! Grenzen weg!

Deutschland führt Krieg – und Oldenburg ist mit der Luftlandebrigade 31 und der Truppenversorgung an vorderster Front dabei! Ob im Kosovo, Afghanistan, Bosnien und Herzegovnia, Sudan, Somalia oder sonstwo. Ob im Rahmen der NATO, der EU oder sonst einem mörderischen Bündnis. Seit 1999 lassen sich Politiker_innen, Medien und think tanks (Forschungsinstitute, die der Wirtschaft oder Parteien nahe sind) immer neue Strategien einfallen, diese Kriege der Öffentlichkeit schmackhaft zu machen. Ein „humanitärer Einsatz" jagt den nächsten und „Demokratieexport" als Maßnahme zur „Terrorbekämpfung" ist Teil des moralisch-sicherheitspolitischen Legitimationskonstruktes auf dem die neue Praxis „westlicher" Ausbeutungspolitik beruht. Deutschland hat in den letzten Jahren immer offener die Verteidigung der eigenen Interessen – also dem Zugang zu Rohstoffen und Märkten, sowie den Ausbau der eigenen Machtstellung in der globalen Weltordnung – auch mit militärischen Mitteln propagiert. Zivile Opfer werden dabei als Kollateralschäden billigend in Kauf genommen.

Am Hindukusch und sonstwo auf der Welt werden in erster Linie der Zugriff auf die Rohstoffe von morgen und die dazugehörigen Handelswege freigeschossen. Dazu werden in neokolonialer Manier strategische Positionen besetzt und dann durch Allianzen nach westlichem Vorbild gesichert.

Um diese Einsätze meistern zu können, benötigt die Bundeswehr immer weitere Soldat_innen und Material, weshalb immer mehr Bereiche der Bundeswehr, wie die Versorgung, in private Hände übergeben werden. Das macht Krieg profitabler, da Arbeitsplätze in der Zivilwirtschaft geschaffen werden, was weitere Akzeptanz für die Einsätze generiert, da mehr und mehr Menschen in der Zivilgesellschaft direkt von den Kriegen profitieren.

Kriegsgerät interessiert uns brennend

Mit Informations- und Werbeständen wird an Schulen, Arbeitsämtern und Hochschulen, bei Konzerten, mit Plakaten, Radio- und Fernsehwerbungen, massiv geworben. Die sogenannte „Karriere" bei der Bundeswehr wird als Alternative zu Arbeitslosigkeit oder auch zu „normaler" Arbeit in der freien Wirtschaft dargestellt. Wobei die realen Auswirkungen dieser „Karriere", wie Auslandseinsätze und oft daraus resultierende posttraumatische Belastungsstörungen, verschwiegen werden.

Der beste Rekrutierungshelfer ist allerdings die Perspektivlosigkeit.

Die Zahl der Rekrutierungen ist in Regionen, in denen keine Alternative in der zivilen Arbeitswelt vorhanden ist, erheblich höher als in anderen Regionen, da dort die Bundeswehr zur einzigen Alternative zum Elternhaus wird.

Bundeswehr wegtreten – Wir wollen weder euren Krieg noch euren Frieden!

Wir haben keinen Bock mehr darauf, dass Menschen verdrängt werden, weil sie nicht in die kapitalistische Verwertungslogik passen! Wir haben keinen Bock, dass Menschen auf Grund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrer finanziellen Grundlage ausgegrenzt werden. Wir kämpfen gegen die immer weitere Verarmung weiter Teile der Bevölkerung. Wir wollen drastisch höhere Einkommen für alle, seien sie Schüler_in, Student_in, erwerbslos, Flüchtling, Niedriglöhner_in oder was auch immer. Denn auch diese Einkommen werden über Beteiligungsmöglichkeiten, über die Chancen, in Würde und gleichberechtigt zu leben, entscheiden, hier und anderswo.

Recht auf Stadt bedeutet für uns nicht nur, dass wir dort wohnen können, sondern vielmehr, dass es für uns eine aktive Teilhabe an dem Ort in dem wir leben gibt. Wir nehmen uns das Recht hier zu sein, auch wenn wir nicht die gesellschaftliche Norm erfüllen! Wir kämpfen nicht für Nischen und Freiräume, sondern wir kämpfen gegen die Normen, die uns in eben diese zwingen! Wir kämpfen gegen Kapitalismus, Patriarchat, Sexismus, Nationalismus, Rassismus, Homophobie und wir haben keinen Bock mehr darauf, in Verteidigungskämpfen zu verharren, immer in der Defensive zu sein, immer zu reagieren anstatt zu agieren! Wir gehen in die Offensive, weil die Stadt allen gehört und nicht nur denjenigen die es sich leisten können! Wir werden nicht um den Raum betteln, der uns sowieso zusteht!

Solidarisieren! Organisieren! Und schließlich den Raum aneignen!

Denn alle haben das Recht auf Stadt!

TAKE BACK
Aufruf zur

Homophobie? Sexismus? Patriarchat? Das ist doch heute kein Problem mehr, oder?

Klar, durch die feministischen, die Schwulen-, Lesben-, Trans- und Queerbewegungen haben sich zahlreiche Lebensverhältnisse positiv verändert. Viele MädchenFrauenLesben Trans erleben sich heute subjektiv als gleichwertig. Aber für uns heißt Emanzipation nicht, dass z.B. Frauen heute auch zur Bundeswehr dürfen oder in wenigen Manager_innenpositionen Andere unterdrücken und ausbeuten oder das es die sogenannte Homoehe gibt. Sind wir eigentlich nie zufrieden? Nein!

Wer kocht das Essen, wer versorgt die Kinder, wer putzt das Klo, wer entscheidet was produziert wird und wer hat Freizeit nach der Arbeit? Wer darf mit einem rosa Kleid in den Kindergarten kommen? Kannst du alleine – auch nachts – spazieren gehen, spürst du Respekt gegenüber dir als Mensch und als FrauLesbeTrans?

Wir leben nach wie vor in einem Patriarchat, d.h. in einem gesellschaftlichen System, das den Geschlechtern unterschiedliche Rollen, Werte und Machtpositionen ermöglicht, in einem System der Dominanz von Männern über FrauenLesbenTrans, in einem System, das verschiedene Sexualitätsentwürfe und mehr Geschlechter als männlich oder weiblich nicht zulässt.

Sexistische Anmache und sexualisierte Gewalt gegen FrauenLesbenTrans sind nach wie vor bitterer Alltag!

In Werbung und Medien sind FrauenLesbenTrans sexistischer Vermarktung ausgesetzt. Ständig wird die Erfüllung eines normierenden Schönheitsideals erwartet.

Wir leben in einem Patriarchat und in einem Kapitalismus, in denen weitgehend unterschiedliche Arbeits- und Lebensbereiche gelten: Frauen sind nach wie vor überwiegend für die Hausarbeit und Kindererziehung, Männer für die Erwerbsarbeit zuständig. Das heißt, dass Frauen weniger Lohn gezahlt wird, dass sie unbezahlt die Hausarbeit, Kindererziehung und Altenpflege erledigen. Das heißt, dass vor allem Männer über das wirtschaftliche Kapital, die politische und militärische Macht verfügen. Und natürlich ist klar, welche Arbeit mehr wert ist!

Diese Geschlechterordnung produziert Hierarchien, Ausschluss und Ausbeutung und basiert wiederum auf diesen.

Dank der vermeintlichen „natürlichen" Unterschiede zwischen Mann und Frau spielen Mädchen mit Puppen, Jungs mit Autos oder Pistolen. Diese Einteilung in „Mann" oder „Frau" ist nicht natürlich gegeben, sondern wird ab der Geburt in allen gesellschaftlichen Bereichen gewaltsam durchgesetzt und auch medizinisch erzeugt. Lebens- und Sexualitätskonzepte, die diese Geschlechter- und Sexualitätsnormen unterlaufen, gelten immer noch als Abweichung. Sie werden diskriminiert oder gar nicht erst gesehen. Mit Gewalt wird versucht, uneindeutige Geschlechtsmerkmale und normabweichende Persönlichkeitsentwürfe in die vorgeschriebenen Kategorien zu pressen.

Der bürgerliche Staat regelt und garantiert das Gelingen des Kapitalismus, des Patriarchats und der Norm der Heterosexualität. Er schafft Gesetze, durch die Menschen unterdrückt, ausgegrenzt und normiert werden.

Wir begrenzen aber unsere Kritik nicht darauf. Patriarchat und Kapitalismus gehen häufig mit Militarismus, Rassismus, Antisemitismus und Disableism (diskriminierendes oder unterdrückendes Verhalten gegenüber Menschen, die auf Beeinträchtigungen oder Behinderungen reduziert werden) einher. Wir FrauenLesbenTrans solidarisieren uns, anstatt uns spalten zu lassen und kämpfen gemeinsam gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für ein solidarisches Zusammenleben, unabhängig von Hautfarbe und Staatsangehörigkeit, jenseits von Geschlechter-, Körper- und Sexualitätsnormen, für ein selbstbestimmtes Leben für alle!

THE NIGHT!

FrauenLesbenTrans-Demo

Sexistischen Normalzustand angreifen!
Wir haben keine Lust mehr auf die alltäglichen sexualisierten Anmachen, die pornografisierten Darstellungen von Frauen in den Medien, die Einschränkungen unserer Bewegungsfreiheit, die körperlichen Zurichtungen von MädchenFrauenLesbenTrans im Namen von „Schönheit" und „Weiblichkeit". Dieses patriarchale Selbstverständnis produziert Gewalt, hauptsächlich durch Männer ausgeführt gegen FrauenLesbenTrans und Menschen, die nicht in die üblichen Kategorien passen; Gewalt gegen feministische Frauenorte und erkämpfte Freiräume; Gewalt die bittere Realität ist bis hin zu Vergewaltigungen durch Bekannte und auf der Straße, bis hin zu Morden.

Möchte frau_lesbe_trans am 30. April in der Innenstadt feiern gehen, kann sie ganz frei entscheiden, ob sie sich lieber Begleitschutz organisieren oder sich alleine blöden Sprüchen und schlimmstenfalls tätlichen Übergriffen aussetzen möchte. Und als ganz entspannte Alternative lockt ja auch noch das erlesene Fernsehprogramm.

Wir wollen die Freiheit, uns zu jeder Zeit, an jedem Ort zu bewegen, ohne dabei auch nur widerlich angeglotzt zu werden. Deshalb gehen wir gemeinsam am Abend des 30. Aprils in die Innenstadt, um uns die Nacht zurückzuholen!

Unser feministischer Widerstand richtet sich gegen jede Form von Sexismus, denn: Wir sind frei und wild, weder Diener_innen noch Freiwild. Feuer und Flamme dem Patriarchat! Kampf dem Sexismus im Alltag, bei der Arbeit und im Staat!

Uns ist bewusst, dass wir auch in diesem Aufruf die „Schubladen" der Geschlechter nicht auflösen, sondern sie benutzen. Doch solange das Patriarchat als Herrschaftsform existiert, können wir nicht darauf verzichten, Kategorien zu benutzen, die verdeutlichen, dass mit diesem „Schubladen" Herrschaftsverhältnisse beschrieben werden, deren Abschaffung unser eigentliches Ziel ist.

Unruhe an der Heimatfront

no bombs, no war, no capitalism...

Unter dem Motto „no bombs, no war, no capitalism“ demonstrierten am 20. März in Oldenburg ca. 120 Menschen gegen Krieg und Kapitalismus. Der Aufhänger der Demo war die Beteiligung der in Oldenburg stationierten Luftlandebrigade 31 an „kriegsähnlichen Zuständen“ und deren Versorgung durch das Bundeswehr-Versorgungsamt Nord in Afghanistan. Beharrte die Bundesregierung unter Bundesverteidigungsminister Jung noch darauf, dass es sich beim Afghanistan Krieg um einen Stabilisierungseinsatz mit dem Ziel des zivilen Wiederaufbaus handele, sah sich der seit der Bundestagswahl 2009 neu ins Amt gesetzte Verteidigungsminister zu Gutenberg genötigt, die Situation neu als „kriegsähnliche Zustände“ zu bewerten. Zurückzuführen ist dieser Sinneswandel dabei jedoch wohl eher

auf die steigende Ablehnung des Afghanistankriegs unter der Wähler_innenschaft und den medialen Reaktionen bezüglich des Angriffs auf zwei gestohlene Tanklaster im September 2009, bei dem 142 Menschen starben.

Die unangemeldete Demonstration zog mit leichter Verspätung lautstark vom Alhambra in das ehemalige Arbeiterviertel Osternburg in dem ein Großteil der militärischen Infrastruktur untergebracht ist. An der Ecke Dedestraße/ Dragonerstraße kam es zu einer Rangelei zwischen den Demonstrierenden und der für Oldenburger Verhältnissen stark aufgefahrenen Polizei, die aufgrund mäßiger Ortskentnisse wahrscheinlich davon ausging, die Demo würde ihren Lauti nach ein paar hundert Metern der Polizei überlassen und zu Fuß das Versorgungszentrum der Bundeswehr erstürmen...

Nach der Rangelei ging es dann ohne weitere Zwischenfälle, jedoch unter ständiger Videoüberwachung weiter am Versorgungszentrum Nord der Bundeswehr vorbei hin zum Kreiswehrersatzamt und der Bundeswehrfachhochschule an der Bremerstraße. Hier gab es die erste Zwischenkundgebung mit zwei Redebeiträgen. Diese handelten einerseits von der Verbindung von Krieg und Kapitalinteressen sowie der kontinuierlichen Rekrutierung und Ausnutzung junger, perspektivloser Menschen an Schulen und im Arbeitsamt.

Nach der Kundgebung zog die Demonstration weiter in Richtung Innenstadt um am Schloßplatz in der City die Abschlusskundgebung abzuhalten. Im dortigen Redebeitrag ging es u.a. um die Verlogenheit der deutschen Kriegspropaganda, den preußischen Militarismus und die nahezu ungebrochenen Kontinuitäten zwischen Oldenburger Einheiten der Wehrmacht und der heutigen Luftlandebrigade 31.

DEMOAUFRUF

Seit Mitte Februar wird die Luftlandebrigade (LlB) 31 „Oldenburg“ in den Norden Afghanistans verlegt. Ihr Kommandeur der Brigadegeneral Frank Leidenberger ist bereits seit Ende letzten Jahres dort in der Position des Kommandeurs der Isaf Truppen Nord. Diese Tatsache nehmen wir zum Anlass, um auf das mörderische Treiben dieser „Oldenburger“ Einheit und der Bundeswehr im Allgemeinen aufmerksam zu machen. Galt kurz nach dem 2. Weltkrieg anfangs noch die Maxime „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“, führte die sogenannte Systemkonfrontation, gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung, Ende der 50er Jahre zur Wiederbewaffnung Deutschlands. Was nichts anderes bedeutete als nur wenige Jahre nach der Zerschlagung

des Nazifaschismus und dessen militaristischen Größenwahn, durch ehemalige, hochrangige Wehrmachtsoffiziere, erneut eine Armee aufzubauen. Diese hatte bis in die späten 1980er immer den Nimbus einer Verteidigungsarmee, doch durch die ungebrochene Tradition innerhalb der Truppe und dem Mythos der sauberen Wehrmacht waren „höhere" Ambitionen in einigen Teilen der Bundeswehr unverkennbar. Auch die Interessen der Rüstungsindustrie, die mit Firmen wie Krupp, Blohm und Voss etc. schon während der Nazizeit äußerst vital in die deutsche Rüstungspolitik eingewirkt hatten, hatte Deutschland zu einem der größten Waffenexporteure weltweit gemacht, was sich bis heute gehalten hat.

Der Krieg in Afghanistan ist der bisherige Höhepunkt einer Entwicklung, die ab den 1990er Jahren eine neue Wendung bekam. Nach Ende des Kalten Krieges musste die NATO und damit auch die Bundeswehr sich neu definieren. Hierbei wurde von Politik, Militär, und aus ureigenstem Interesse unterstützt durch die Wirtschaft, darauf hingearbeitet die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit agierenden Angriffs- bzw. Eingreiftruppe umzugestalten. Den Beginn hierfür stellte der Kosovo-Krieg dar. Dieser offensichtliche Angriffskrieg, konnte in der deutschen Öffentlichkeit nur durch massive Lügen und Propaganda durchgesetzt werden. Der damalige grüne Außenminister Josef Fischer war sich nicht zu schade, den Holocaust als Verpflichtung für ein deutsches Eingreifen zu bemühen und verglich den Bürgerkrieg im Kosovo zwischen der Serbischen Armee und der UCK mit dem Völkermord an den europäischen Jüdinn_en durch die Deutschen. Abgesehen davon, dass dies eine absolute Verharmlosung der Shoa und damit des systematischen Massenmordes an Millionen Menschen darstellt, zeigt es die Schwierigkeiten der damaligen Bundesregierung den Krieg in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Durch die Ereignisse am 11. September 2001 war es der Bundesregierung möglich, für den Einsatz von Truppen in Afghanistan eine breite Zustimmung zu erhalten. Flogen in Jugoslawien „nur" deutsche Bomber Einsätze, ist dies der erste umfassende Kriegseinsatz einer deutschen Armee nach 1945. Wie auch der Kosovo-Krieg wurde dieser Krieg nicht, wie der Öffentlichkeit präsentiert wird, aus humanitären Gründen geführt, sondern stand von vornherein unter dem Zeichen von geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen. Humanitär kann er schon deshalb nicht sein, da Kriege stets Leid und Tot für Zivilist_innen bedeuten, egal wie „intelligent" Bomben auch sein mögen. Die Bundeswehr beschreibt den Sinn dieser neuen strategischen Ausrichtung sehr offen in ihrem eigenen Leitfaden, dem sogenannten Weißbuch. Dort heißt es ganz unverhohlen, dass die neue Sicherheitspolitik Deutschlands und damit die künftigen Auslandseinsätze dazu dienen die vitalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen zu schützen. Was nix anderes heißt als: Wir machen da Krieg, wo es was „für uns" zu holen gibt. Das Ausmaß dieses Weiterführens von Politik mit anderen Mitteln, konnte am 4. September 2009 beim Angriff von NATO Bombern auf Tanklastzüge in der Nähe von Kundus, bei dem vermutlich 142 Menschen ermordet wurden, beobachtet werden. Besonders zynisch mutet auch an, dass nur wenige Tage nach dem Angriff deutsche Soldat_innen im Feldlager Kundus T-Shirts, mit einem brennendem Tanklaster und dem Spruch „Du sollst nicht stehlen!" als Motiv darauf, trugen. So viel zu Humanität in der Bundeswehr...

In der Öffentlichkeit werden diese Kriegseinsätze als „Interventions- und Stabilisierungseinsätze" bezeichnet, stellen aber in der Realität natürlich nichts anderes als Angriff und Besatzung dar. Die LIB 31 kann als exemplarisch für die angestrebte Umstrukturierung der Bundeswehr betrachtet werden. So ist ihr offizielles Motto „Einsatzbereit, Weltweit, Jederzeit" das erklärte Ziel der Bundeswehr. Es soll eine Struktur geschaffen werden, die es ermöglicht global jederzeit deutsche Interessen durch Kriegseinsätze durchsetzen zu können. Sowohl materiell als auch personell arbeitet die Bundeswehr seit Jahren an dieser Zielsetzung. So wurde mit der „Division Spezielle Operationen" (DSO), in der sich neben dem berüchtigten KSK die LIB 31 befindet, eine Einheit genau für diesen Zweck geschaffen.

Aber auch in anderen Bereichen hat Oldenburg was zu bieten. So beherbergt Oldenburg das Versorgungsamt Nord, das unter anderem einen Teil des Nachschubes nach Afghanistan liefert. An der Carl von Ossietzky (!) Universität Oldenburg wird im Bereich Sozialwissenschaften zum Themenfeld Governance (wie überzeuge ich die Bevölkerung von meiner Besatzung) in der sogenannten „Arbeitsstelle Interventionskultur" geforscht. An der Bundeswehrfachhochschule in Osternburg werden zukünftige Offiziere auf die neuen Strategien der Bundeswehr eingeschworen. Im Alltag wirbt die Bundeswehr, wie in vielen anderen Städten auch, an Schulen, in der Uni und im Arbeitsamt durch regelmäßige Veranstaltungen, massiv für ihr Treiben.

Es gibt also viele Gründe, um gerade in Oldenburg gegen militaristisches Treiben auf die Straße zu gehen.

Für Unruhe an der Heimatfront!

betonierter revanchismus

In der Nacht zum 31. März wurde laut NWZ der sogenannte »Leobschützer Gedenkstein« an der Peterstraße zugemörtelt. Das städtische Kulturamt erstattete Anzeige wegen Sachbeschädigung – ein »politischer Hintergrund« sei nicht auszuschließen. Durchaus möglich, ist dieser »Gedenkstein« doch ein Musterbeispiel für den Revanchismus und Geschichtrevisionismus des postfaschistischen Deutschlands.

Der »Gedenkstein« bzw. das »Vertriebenendenkmal« trägt den Text: »Unvergessene deutsche Stadt im Osten – Leobschütz«. Begleitet wird dieser Quatsch mit der Jahreszahl »1945« und dem Leobschützer Stadtwappen. Außerdem sind die Namen der sogenannten »Vertreibungsgebiete« Danzig, Memel, Pommern, Schlesien, Sudetenland, Ostpreußen, Westpreußen auf die Rückseite des Gedenksteines geprägt. Enthüllt wurde der »Gedenkstein« am 22. September 1957 vom damaligen Oberstadtdirektor Eilers (FDP) in den Parkanlagen gegenüber dem ehemaligen Peter-Friedrich-Ludwig Hospitals in der Peterstraße – also auf dem Gelände der 1938 von OldenburgerInnen niedergebrannten Synagoge (ein Gedenkstein für die Synagoge und die Opfer des deutschen Faschismus wurde hingegen erst 1963 nur wenige Meter entfernt errichtet).

Die ehemalige Stadt »Leobschütz« liegt in der Wojewodschaft Oppeln im heutigen Polen. Nach 1933 wurde die Stadt Schulungsort für die SS und Sitz einer SA-Abteilung. 1938 wurde ebenso wie in Oldenburg die Synagoge der Stadt niedergebrannt und mit der Verfolgung der heimischen JüdInnen begonnen. Während des Zweiten Weltkrieges mussten Kriegsgefangene auf dem Gebiet des Kreises Zwangsarbeit verrichten. Ein Großteil der damaligen deutschen Bevölkerung floh 1945 vor der anrückenden Roten Armee, die meisten Verbliebenen wurden später der Gegend verwiesen. Zu groß war ihre Verwicklung in die deutschen Verbrechen, zu groß das Leid der polnischen und jüdischen Bevölkerung, als dass ein Zusammenleben zu diesem Zeitpunkt möglich gewesen wäre. Seit dem 19. Mai 1945 heißt die Stadt nun Głubczyce und gehört zum polnischen Staatsgebiet.

Etwa 1700 »Leobschützer« kamen nach dem 2. Weltkrieg in Oldenburg unter. Am 13. Juli 1952 übernahm dann die Stadt Oldenburg auf Anregung des »Verbandes der Ostvertriebenen« und der »Schlesischen Landsmannschaften« eine Patenschaft für die »deutsche Stadt Leobschütz«, wobei der Gedenkstein sozusagen das Patengeschenk darstellte. In der Patenschaftsurkunde heißt es: »Die Stadt Oldenburg übernimmt gemäß Beschluß des Rates vom 24. August 1951 die Patenschaft für die Stadt Leobschütz. Die Stadt Oldenburg will den aus ihrer Heimat vertriebenen Leobschützern eine Stätte sein, in der sie ihr Brauchtum und ihre Kultur pflegen und hüten können, um sie dereinst in das deutsche Land jenseits der Oder-Neiße zurückzuführen«. Revanchismus par excellence und natürlich kein einziges Wort über die Ursache der sogenannten »Vertreibung« – den deutschen Vernichtungskrieg im Osten und den industriellen Massemord an der jüdischen Bevölkerung Europas. Anstatt also die Zumörtelung des Steines zu bejammern, sollte dass Kulturamt endlich den Abriss desselben und die Aufkündigung der Patenschaft vollziehen. Das ist schließlich schon seit über 50 Jahren fällig.

Aus:

regentied.blogsport.de

Am 29.03. fand im Oldenburger Amtsgericht ein Prozess gegen eine antirassistische Aktivistin statt. Der im folgenden dokumentierte Aufruf wurde fleißig befolgt: Über 40 Antirassist_innen – mit und ohne „starkem" Pass – begleiteten den Prozess, um ihre Solidarität kundzutun. Der Prozess wurde gegen 20 Arbeitsstunden eingestellt.

PROZESS GEGEN OLDENBURGER ANTIRASSISTIN

Am Freitag, den 28.08.2009 fand in Oldenburg im Rahmen einer bundesweiten Aktionswoche gegen Abschiebung, Lagersysteme und Frontex eine Demonstration zum Lager Blankenburg statt. Trotz miesen Wetters und Regen fanden sich mehr als 100 Menschen zusammen, um auf die Situation in Oldenburg aufmerksam zu machen und um zu zeigen, dass auch hier der Widerstand gegen Lager, Abschiebung und Rassismus lebendig ist. Vom Bahnhof ging es über den Stadtring zum Alhambra und von dort mit Fahrrädern und einem Trecker vors Lager.

Den Herrschenden ist die permanente Unruhe im Lager Blankenburg längst mehr als lästig und so gab und gibt es immer wieder Versuche den Widerstand zu kriminalisieren und einzuschüchtern. Dies trifft vor allem die Aktivist_innen aus dem Lager (in Form von Transfers in andere Lager und kleinere Dörfer, Abschiebungen, Geldstrafen wegen Residenzpflicht, Verweigerung aller Sozialleistungen etc.), wurde aber auch bei besagter Demo deutlich.

Nachdem sich die Polizei zunächst sehr zurückhielt und die Demo die geplante Rute durchsetzen konnte, war das Lager durch mehrere Wannen dicht gemacht. Flüchtlinge aus dem Lager wurden massiv eingeschüchtert, um nicht mit uns in Kontakt zu treten. Nach mehreren Redebeiträgen in den verschiedensten Sprachen wurde die Demo beendet und die meisten machten sich auf den Heimweg. Urplötzlich griff sich die Polizei eine Aktivistin aus der Demo und zwang sie zur Herausgabe ihrer Personalien. Der Grund: Sie sollte nach Meinung des Einsatzleiters Norbert Münch die Versammlungsleiterin gewesen sein.

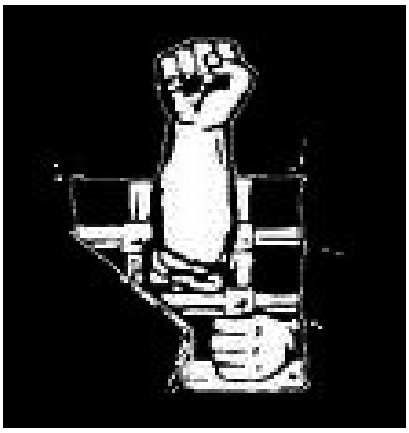
Es geht in die Köpfe der befehlenden und ausführenden Organe dieses Staates nicht hinein, dass wir unser Zusammenleben und unseren Widerstand vollkommen anders organisieren. Wir brauchen keine Versammlungsleiter_innen und wollen diese auch gar nicht haben. Wir entscheiden gemeinsam, wann, wo und wie wir unseren Widerstand auf die Straße bringen.

Neben der Kriminalisierung des antirassistischen Kampfes in Oldenburg stellt der Prozess am Montag den 29.03. vor allem einen erneuten Angriff auf die gute und seit Jahrzehnten bevorzugte Oldenburger Praxis dar, Demonstrationen durchzuführen, ohne vorher um Erlaubnis zu fragen. Unsäglichste Auflagen und Schikanen, die in anderen Städten längst an der Tagesordnung sind, konnten so in Oldenburg noch weitgehend verhindert werden.

Wir lassen uns das Recht auf Widerstand nicht nehmen!

„Freedom of Movement" für alle Menschen und an jedem Ort!

Wie schreibe ich Gefangenen?



Das Schreiben von Briefen ist eine Waffe…

… gegen Vereinzelung, Vereinsamung, Stagnation, Resignation und Isolation.

… gegen die auf Zerstörung angelegte Natur des Knastsytems.

… gegen die Kontrolle des Lebens durch das Knastregime.

Für Inhaftierte zählt der Erhalt von Briefen zu den wenigen Lichtblicken im alltäglichen Grau des vor-sich-hin-lebens in der Anstalt. Hinter den Mauern mit Stacheldraht, Wachtürmen und bewaffneten Schließern gibt es kaum menschliche Nähe und Gefühle, sondern Unterordnung und der tägliche Kampf ums Überleben. Aber das Schreiben ist eine Möglichkeit diese Mauern der Passivität, Kälte und Isolation zu durchbrechen. Es schafft eine Abwechslung und gibt die Möglichkeit die eigenen Gedanken zu erweitern.

Die Gefangenen sollen gebrochen werden, indem ihnen jegliche Emotionen, Gefühle und menschliche Nähe vorenthalten werden. Der regelmäßige Kontakt mit ihnen, sei es durch Briefe, Telefonate oder Besuche, ist das einzige Mittel, die vom den Herrschenden befohlene und von den Knastwärtern praktizierte Kontrolle über das tägliche Leben zu durchbrechen.

Knäste sind nur die Spitze des Eisberges dieses repressiven Systems, welches von der Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen lebt und diese zu gleichförmigen, emotionslosen Wesen formieren will. Viele die sich dieser Logik nicht unterwerfen wollen, werden zu Opfern der Repression und Unterdrückung und landen als letztes Zwangsmittel im Knast. In unserem Kampf gegen dieses System dürfen wir die Knäste und diejenigen, die darin vor sich dahinvegetieren nicht vergessen und sie nicht ihrem Schicksal überlassen.

Eine (willkürliche) Auswahl an Gefangenen, denen ihr schreiben könnt – informiert

Uli Witsch
Äussere Passauer Str. 90
94315 Straubing

Roland Schwarzenberger
Schönbornstraße 32
76646 Bruchsal

Thomas Meyer-Falk
Schönbornstraße 32
76646 Bruchsal

Pit Scherzl
Postfach 3255
37022 Westerburg

Ahmet D. Yüksel
JVA Stammheim
Aspergerstr. 60
70439 Stuttgart

Faruk Eren
JVA Düsseldorf
Ulmenstr. 95
40476 Düsseldorf

Manfred Stein
JVA E. - 4-30
Limburgerstr. 122
65582 Diez

Marco Camenisch
Postfach 3143
CH-8105 Regensdorf

Cengiz Oban
JVA Bochum
Krümmede 3
44791 Bochum

Werner Braeuner
JVA Sehnde
Schnedebruch 8
31319 Sehnde

Ahmet Istanbullu
JVA Wuppertal
Simonshöfchen 26
42327 Wuppertal

Birgit Hogefeld
Obere Kreuzäckerstr. 4
60435 Frankfurt

Devrim Güler
JVA Stammheim
Aspergerstr. 60
70439 Stuttgart

André Hallas
Schönbornstraße 32
76646 Bruchsal

Lukas Winkler
JVA Erbach
Marktplatz 1
96157 Erbach

Sven Mauer
JVA Erbach
Marktplatz 1
96157 Erbach

Wie fange ich an zu schreiben?

Für viele ist es ungewöhnlich fremden Menschen zu schreiben und von ihren Erlebnissen zu erzählen. Sie wissen nicht, was sie schreiben sollen und denken, dass sie mit dem, was sie aufs Papier bringen, den Menschen auf der anderen Seite der Mauern deprimieren könnten oder es ihn/sie gar nicht interessiert. Um im sogenannten Sinne „das Eis zu brechen" ist es besser den ersten Brief eher kurz zu halten und nur die nötigsten Sachen zu schreiben, damit der/die Empfänger_in nicht gleich überrumpelt wird.

Schreibe ein paar Worte über dich und zu deiner Motivation des Schreibens. Falls du es als notwendig erachtest, schreibe welcher Gruppe/Organisation du angehörst oder was du sonst so machst. Aber bedenke, dass die Briefe nicht nur von dir und dem/der Gefangenen gelesen werden. Achte darauf nichts zu schreiben was den/die Gefangene/n in Schwierigkeiten mit dem Knast bringen kann.

Jede Haftanstalt hat eigene Regelungen für den Briefverkehr, teilweise gibt es Begrenzungen für die Anzahl der Seiten und/oder Beilagen usw. Informiere dich, ob die Anzahl der Briefe/Postkarten, die Gefangene erhalten und schreiben können begrenzt ist und ob es erlaubt ist Briefmarken/Briefumschläge bei zulegen. Informationen über die jeweiligen Regelungen findest du meist auf der Website der Knäste, auch kann ein Anruf vor Ort weiterhelfen.

Bei Gefangenen in Untersuchungshaft werden mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit die Briefe/Postkarten von der Staatsanwaltschaft gelesen. In der Strafhaft ist dies nicht der Standart. Bei renitenten Inhaftierten ist dies hingegen aber eher die Regel als die Ausnahme, genauso wie das Verschwindenlassen von Briefen.

Nummeriere die einzelnen Seiten deines Briefes um vorzubeugen, dass einzelne Seiten „verloren" gehen. Auch ist es sinnvoll die Briefe fortlaufend zu nummerieren und immer das aktuelle Datum reinzuschreiben. Dies hilft dabei zu erkennen, ob der Brief aufgehalten und die Auslieferung verzögert wurde. Liste außerdem alle Beilagen, wie Briefmarken, Broschüren, Zeitungsausschnitte o.ä. auf, denn auch solche Dinge verschwinden gerne mal. Vergiss nicht auf den Briefumschlag deine Absendeadresse draufzuschreiben.

Euch ggf. im Internet über die Hintergründe der Inhaftierungen):

Stephanie Träger
JVA Aichach
Münchnerstr. 33
86551 Aichach

Nurhan Erdem
JVA Köln
Rochusstraße 50
50827 Köln

Hauke Burmeister
Am Großen Sielke 8
37124 Roßdorf

Manfred Viehbahn
JVA Oldenburg
Cloppenburger Straße 400
26135 Oldenburg

Felix Peus
JVA - Haus 2
Suhrenkamp 92
22335 Hamburg

Günther Finneisen
JVA
Trift 14
29221 Celle

Irfan Cayoglu
JVA - Straubing
Äußere Passauerstr. 90
94315 Straubing

André Hallas
Schönbornstraße 32
76646 Bruchsal

Gabriel Pombo da Silva
JVA Aachen
Krefelderstr. 251
52070 Aachen

Jose Fernandez Delgado
JVA Rheinbach
Aachenerstr. 47
53359 Rheinbach

Laurynas Moglia
Buch-Nr. 890/09-0
JVA Moabit
Alt-Moabit 12a
10559 Berlin

Gökhan Aygün
Aspergerstr. 60
70439 Stuttgart

Ümit Bal
Aspergerstr. 60
70439 Stuttgart

Ilhan Yelkuvan
JVA Fuhlsbüttel Haus 2
Suhrenkamp 92
22335 Hamburg

Arne Arlinghaus
Trifft 14
29221 Celle

Stefan Milde
Hodel 100
39288 Brug

§129b-Prozesse gegen migrantische Linke gehen weiter

Neuer Prozess, neues Konstrukt - Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz

Vor den Staatsschutzsenaten der Oberlandesgerichte in Stuttgart-Stammheim und in Düsseldorf laufen seit 2007 bzw. 2009 zwei §129b-Prozesse gegen migrantische Linke. Den Angeklagten wird die Mitgliedschaft in der in Deutschland und der Türkei verbotenen DHKP-C vorgeworfen. Seit 2002 steht diese Organisation, die für einen revolutionären Umsturz in der Türkei kämpft, auf der „EU-Terrorliste". Eine Liste die jetzt, zur Eröffnung des dritten §129b-Prozesses wegen DHKP-C-Mitgliedschaft Mitte März in Düsseldorf in ein besonderes Blickfeld gerät. Den Angeklagten Cengiz Oban, Ahmet Istanbullu und Nurhan Erdem werden über die Mitgliedschaft in der DHKP-C hinaus strafbare Handlungen im Zusammenhang mit dem §34 AWG (Außenwirtschaftsgesetz) vorgeworfen. Die Vorwürfe bezüglich den Verstößen gegen das AWG basieren auf der „EU-Terrorliste", da den darauf gelisteten Organisationen finanzielle Transaktionen untersagt sind. Diese Liste, auf der sich etwa 50 Einzelpersonen und Organisationen befinden, wird vorwiegend durch Geheimdienstinformationen erstellt und wird vom EU-Ministerrat in nicht-öffentlicher Sitzung abgesegnet (siehe auch S.4). Personen, die sich auf dieser Liste befinden haben keinerlei rechtliche Handhabe dagegen vorzugehen! Die Einführung des §129b in der BRD bildet in diesem Zusammenhang ein weiteres Mittel zur grenzüberschreitenden Verfolgung politisch missliebiger Gruppen. Nur auf Entscheidung des Justizministeriums hin werden Ermittlungen nach §129b eingeleitet somit entschieden, ob Personen als „Mitglieder in einer ausländischen terroristischen Organisation" verfolgt werden.

Der §129b- Prozess in Stuttgart-Stammheim

Die momentan stattfindenden §129b-Pro-zesse sind gleichförmig von der Willkür des juristischen Personals geprägt. Ähnlichkeiten zur parteilichen Prozessführung der Staatsschutzsenate der siebziger und achziger Jahre, die damals unter anderem die Gefangenen aus der RAF aburteilten sind kein Zufall, sondern Systemimmanent. Den besondere Bezugsrahmen bilden die deutschtürkischen Beziehungen. In beiden Verfahren fußen große Teile der Anklage auf Aussagen von Folterern und Gefolterten, die größtenteils schriftlich eingebracht werden oder wie in Stammheim erlebt, auf wenig glaubwürdig vorgetragenen Einlassungen eines psychisch kranken Doppelagenten, der für den türkischen Geheimdienst (MIT), sowie den Verfassungsschutz (VS) tätig war. Unterfüttert werden die Aussagen durch juristisch nicht nachprüfbare, von VS und Geheimdiensten zusammengetragene Materialien, die den Nachweis erbringen sollen, das die Angeklagten Aufgaben in Sinne der DHKP-C ausgeführt haben.

Trotz der dünnen Beweislage in den Prozessen, kam es letztes Jahr in Stammheim schon zu Verurteilungen auf der Grundlage des §129b. Die drei gesundheitlich, teilweise stark angegriffenen Gefangenen Mustafa Atalay, Ilhan Demirtas und Hasan Subasi, die während ihrer ganzen Untersuchungshaftzeit von bis zu 3 Jahren unter Isolationshaftbedingungen verbracht hatten, wurden vom Gericht zu einem Deal genötigt, der ihnen die Möglichkeit gab sich gesundheitlich wiederherzustellen. Im Falle des herzkranken Gefangenen Musafa Atalay war die Situation lange Zeit lebensbedrohlich. Durch nichtdenunziatorische Einlassungen, die Gericht und Verteidigung aushandelten, konnte für die Gefangenen ein niedrigeres Strafmaß erreicht werden. Die Urteile, auf der Grundlage des §129b lagen zwischen 2 Jahren und 8 Monaten und 5 Jahren. Unter Anrechnung der U-Haftzeit wurden die Reststrafen zur Bewährung ausgesetzt. Gegen die beiden Angeklagten Ahmet D. Yüksel und Devrim Güler läuft der Prozess in Stammheim noch weiter.

Mittlerweile wurde zum zweiten Mal unter Protest der Anwälte der Leiter der Anti-Terror-Abteilung der Polizei Istanbul Serdar Bayraktutan als Zeuge geladen. Gegen ihn liegen mehrere Anzeigen wegen Folter vor. In einer Presseerkärung vom 18.01.2010 kritisierte PRO ASYL die Praxis des Gerichts diesen Zeugen ungeprüft vorzuladen. „Eine Abschöpfung von unter Folter zustande gekommenen Informationen darf es in einem Rechtsstaat nicht geben," erklärte Marei Pelzer, rechtspolitische Referentin von PRO ASYL. Die deutsche Justiz dürfe Folter nicht legitimieren, indem sie für Folter Verantwortliche als Zeugen anhöre. Es handele sich um „Früchte eines vergifteten Baumes", die in einem Rechtsstaat nicht geerntet werden dürfen. Auch die MdB Ulla Jelpke weist in regelmäßigen Abständen auf die Aufweichung des grundgesetzlichen Folterverbotes hin. So werden Folterstaaten und deren Folterer wie der Leiter der Istanbuler Polizei noch ermutigt und Foltergeständnisse legitimiert.

Der Prozess in Düsseldorf – Faruk Ereren droht die Abschiebung in die Türkei

Da Faruk Ereren, Angeklagter im Düsseldorfer §129b-Prozess sich auch nach über einem Jahr quälenden Prozessalltags nicht auf einen Deal einließ und umfangreich von seinem Aussage

verweigerungsrecht Gebrauch machte, agiert der 2. Strafsenat des OLG Düsseldorf auf einer sehr dünnen Beweislage, die wie im Stuttgarter Prozess auch auf Aussagen von Folterern und geheimdienstlichem „Beweismaterial" basiert. Nun droht Faruk aktuell die Abschiebung in die Türkei! Am 29.1.2010 fasste der 2. Strafsenat des OLG Düsseldorf den Beschluss, dem Auslieferungsersuchen der Türkei zuzustimmen. Am 6.2.2010 erhielt der Verteidiger von Faruk den Beschluss und es bleibt eine vierwöchige Frist, um Verfassungsbeschwerde einzulegen. Bei einer Auslieferung an die Türkei droht Faruk Ereren systematische Folter, menschenunwürdige Behandlung und lebenslängliche Isolationshaft, welche die Schwelle zur unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung erreicht und daher mit Art. 3 MRK unvereinbar ist.

Es gibt sehr viele Urteile in Deutschland gegen türkische politische Aktivisten, deren Auslieferung an die Türkei aber stets abgelehnt wurde, mit der Begründung, dass es für sie die Aussetzung unter systematische Folter in türkischen Gefängnissen bedeuten würde. Faruk Ereren wörtlich: „Was mich erwartet wenn ich in die Türkei ausgeliefert werden sollte, ist Repression, Folter und Haft bis zum Tod."

Alle noch inhaftierten türkischen §129b-Gefangenen sind weiterhin Isolationshaftbedingungen ausgesetzt. Sie verbringen 23 Stunden auf der Zelle. Ihre Post wird überwacht und zensiert. Der Besuch von Prozessbeobachter_innen und Menschen aus dem solidarischen Umfeld wird ihnen fast ausnahmslos verwehrt. Faruk Ereren schrieb zur Knastsituation der §129b-Gefangenen: „Das ist weiße Folter, mit dem Ziel uns zu zermürben".

Neuer §129b-Prozess in Düsseldorf – Anklage auf Grundlage des Außenwirtschaftsgesetzes (§34 AWG)

Im nächsten Prozess, der am 11. März in Düsseldorf beginnen soll, legt die Bundesstaatsanwaltschaft noch eins drauf. Den Angeklagten Cengiz Oban und Ahmet Istanbullu werden Verstöße gegen §34 AWG in Zusammenhang mit einer vermeintlichen Mitgliedschaft in der DHKP-C vorgeworfen. Die konkreten Vorwürfe betreffen allerdings fast ausschließlich die Arbeit in legalen Kulturvereinen, Solidaritätsarbeit zur menschenrechtswidrigen Situation in türkischen Gefängnissen und finanzielle Unterstützung politischer Gefangener. Der §34 AWG bestraft jeden Verstoß gegen wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen im Zusammenhang mit der „EU-Terrorliste". Sie wurde die im Zuge des EU-weit verabschiedeten „Rahmenbeschlusses über den Terrorismus" eingeführt. Als Argument diente damals, nach „9/11" der Kampf gegen islamistische Gruppen. Aber schon von Anfang an standen bewaffnet kämpfende Gruppen wie die FARC und ETA, inkl. vielen mittlerweile verbotenen Organisationen der baskischen Linken, die vom spanischen Staat der ETA zugeschlagen werden und eben die DHKP-C auf der Liste. Die Rechtanwältin Anni Pues beklagte die Tatsache, dass es bei diesem Anklagekonstrukt nicht mehr den nationalen Strafgerichten obliegt, zu überprüfen ob eine Organisation „terroristisch" ist oder nicht. Um die Mitgliedschaft von Cengiz Oban, Ahmet Istanbullu und Nurhan Erdem in der DHKP-C zu beweisen, wurde ebenfalls der Chef der Istanbuler „Anti-Terror"-Abteilung, Serdar Bayraktuktan, als Zeuge benannt.

aus gefangenen info nr. 353

Ausgrenzen und ausbeuten

In Frankreich und Italien riefen Migranten für den 1. März zum Migrantenstreik auf. Der »Tag ohne uns« sollte zeigen, was die alltägliche rassistische Ausgrenzung von Migranten unsichtbar macht: wie wichtig ihre Arbeitsleistung für die Wirtschaften Europas ist.

»Frankreich wäre nichts ohne uns«, rief eine marokkanische Rednerin rund 2500 Teilnehmern einer Kundgebung vor dem Pariser Rathaus zu. Am selben Tag demonstrierten in Neapel etwa 24000 Menschen meist afrikanischer Herkunft unter dem Motto »24 ore senza di noi« (»24 Stunden ohne uns«), in Bologna waren es 10000, in Mailand rund 2000, über 50 Betriebe wurden in Brescia bestreikt. Geplant war ein gemeinsamer Tag, an dem die Migrantinnen und Migranten Italiens und Frankreichs ihre Lohnarbeit liegen lassen sollten, um auf das Missverhältnis zwischen dem Beitrag hinzuweisen, den sie zur Wirtschaft der Länder leisten, in denen sie leben – und der Art und Weise, wie diese sie behandeln.

Auf den vor allem in Italien befolgten Streiktag reagierte die italienische Tageszeitung La Repubblica mit verhaltenem Verständnis. Sie schrieb, dass eine »demokratische Gesellschaft nicht auf einer Kraftprobe zwischen Einheimischen und Zuwanderern basieren« könne, und äußerte die Hoffnung, dass die »farbige Minderheit von den Behörden in Zukunft ernst genommen« werden möge. Eine naive Aussage angesichts der Verhältnisse, unter denen Migrantinnen und Migranten in Frankreich, Italien oder anderen Ländern Europas ausgebeutet werden. Kaum Illusionen macht sich dagegen die »Koordination für den Streik der migrantischen Arbeit«. »Die ökonomische Bedeutung der migrantischen Arbeit ist fundamental«, hatte sie in ihrem Aufruf geschrieben. Doch Migrantinnen und Migranten würden entweder »ausgebeutet« oder »ausgewiesen«, und dies sei »überall in Europa ähnlich«.

Anknüpfen wollten die Organisatoren des Migrantenstreiks an die »historische Erfahrung« des »Tags ohne Migranten« in den USA. Am 1. Mai 2006 hatten dort Millionen Migrantinnen und Migranten die Arbeit niedergelegt, um gegen eine Verschärfung der Einwanderungsgesetze zu protestieren. Allein in Los Angeles und Chicago demonstrierten 700000 Hispanics dagegen, dass die Republikaner Papierlose als Straftäter einstufen wollten. Viele von Einwanderern betriebene Restaurants und Geschäfte blieben an diesem Tag geschlossen. Ob in den USA oder in Europa, die Konfliktlinie ist dieselbe: Die westlichen Gesellschaften lösen den Widerspruch zwischen ihrem Bedarf an billigen, weil weitgehend rechtlosen Arbeitskräften und der Abschottung ihres Sozialstaats auf Kosten der migrantischen Arbeiter, die als Putzfrauen, Pflegekräfte, Bau- oder Feldarbeiter gebraucht werden, eine Perspektive auf soziale Rechte behält man ihnen aber vor.

Dabei hat zumindest die EU-Administration den Bedarf an migrantischen Arbeitskräften offiziell eingestanden. Im Jahr 2000 skizzierte die EU-Kommission erstmals die Grundlagen einer europäischen Migrationspolitik. »Wir müssen entscheiden, ob wir bereit sind zu akzeptieren, dass die Einwanderung nicht aufzuhalten ist«, schrieben die Kommissare. Die »Politiken der Nullzuwanderung, die das Denken in den letzten 30 Jahren dominierten«, würden nicht mehr in den »neuen wirtschaftlichen und demografischen Kontext passen«. Vielmehr sei es »zweckmäßig«, Arbeitsmigranten in die EU zu lassen.

Damit war die EU-Kommission weiter als viele Mitgliedsstaaten. In Deutschland etwa konnte sich die rot-grüne Bundesregierung nicht mehr als die »Computer-Inder«-Initiative abringen,

die grandios floppte, weil schlicht keine gut ausgebildeten Inder in Deutschland arbeiten wollten. Und für die CDU war die Sache sowieso klar: »Für Arbeitsmigration nach Europa und Deutschland gibt es keinen Bedarf«, befand ihr Migrationspolitiker Hartmut Koschyk. Für Arbeitsmigranten dürfe es innerhalb des Schengen-Raumes »keinerlei Freizügigkeit geben«.

In Südeuropa sah es anders aus. In Spanien beispielsweise ist der riesige Agrarsektor, vor allem in Andalusien, auf die Arbeitskraft der Papierlosen angewiesen. Lange war das Land eine nur mäßig abgeschottete Südflanke der EU. Schätzungen zufolge leben rund zwei Millionen Papierlose in Spanien. Dank des steten Zustroms der »Irregulären« ist zwar spanisches Gemüse billig, doch dem Staat entgingen Steuern und Sozialabgaben, und es drohten ordnungspolitische Schwierigkeiten. Immer wieder gab es dort deshalb sogenannte Legalisierungskampagnen. Zuletzt gewährte die Regierung José Luis Rodríguez Zapateros 2005 einer halben Million Papierlosen eine Aufenthaltserlaubnis: Wer ein Jahr in Spanien gelebt hatte und einen Arbeitsvertrag über mindestens sechs Monate nachweisen konnte, bekam Papiere. Auch in Italien, Griechenland und Portugal gab es solche Amnestien.

Der damalige deutsche Innenminister Otto Schily (SPD) warf Spanien darauf hin vor, »Illegale zusätzlich anzulocken«, die dann in andere EU-Staaten weiterreisen könnten. Der Migrationsdruck auf Europa werde »so dramatisch zunehmen, dass uns Hören und Sehen vergeht«. Die Legalisierung sei, so behauptete Schily, mithin die Ursache dafür, dass immer mehr Afrikaner bei ihrem Versuch, Europa zu erreichen, im Mittelmeer ertränken. Drei Jahre später übernahm die EU Schilys Position. Mit den offiziellen Aufenthalts-Amnestien war damit Schluss. Während der französischen EU-Ratspräsidentschaft verabschiedeten die Regierungschefs 2008 den »Europäischen Pakt für Zuwanderung und Asyl«. Damit »ergreift Europa nun endlich die Initiative«, schrieb Brice Hortefeux, damals französischer Minister für Einwanderung und Integration. »In Bezug auf die Einwanderungspolitik wird nichts mehr so sein wie bisher.« Seitdem müssen von einem Mitgliedsstaat beschlossene Rückführungsmaßnahmen von allen anderen EU-Staaten anerkannt werden. Umgekehrt sind aber Legalisierungsinitiativen einzelner Mitglieder seither untersagt.

Stattdessen wird eine sogenannte globale Mobilitätspartnerschaft mit den »Herkunfts- und Transitländern« angestrebt, um auch diese in die Bekämpfung illegaler Einwanderung zu integrieren. Unter dem Stichwort »zirkuläre Migration« will die EU im Gegenzug Personen aus diesen Ländern die legale Einwanderung ermöglichen, teils sogar durch aktive Anwerbung. Österreich etwa ließ auf dieser Grundlage 2008 rund 2 500 »Schlüsselkräfte« ins Land, zudem 8 000 Saisonarbeiter und 7 500 Erntehelfer. Doch im Gegensatz zur deutschen »Gastarbeiter«-Anwerbung der sechziger Jahre soll diesmal sichergestellt sein, dass die Arbeitsmigranten die EU auch ganz bestimmt wieder verlassen. So sollen Entwicklungshilfe, Freihandelsverträge und Rücknahmeabkommen aneinander gekoppelt werden. Nur die Länder, die ihre »Überflüssigen« aus Europa zurücknehmen und ihre Märkte öffnen, erhalten im Rahmen der »globalen Mobilitätspartnerschaft« verstärkte Entwicklungshilfe. Mit einigen afrikanischen Ländern wurden bereits Abkommen geschlossen, im malischen Bamako eröffnete das erste EU-»Jobcenter«. Intern geht die EU davon aus, dass bis 2050 über 40 Millionen migrantische Arbeitskräfte benötigt werden könnten, um die Alterung ihrer Bevölkerung und den Fachkräftemangel zu kompensieren.

Darauf nahmen auch die Organisatoren des Migrantenstreiks in Italien Bezug. Die EU wolle »nach ihrem Gutdünken Migrantinnen und Migranten zwischen den Ländern hin- und herschieben«. Der EU gehe es um »Migration nach ihren Produktionsbedürfnissen«. Auf diese Form von »Rassismus und Prekarität«, so forderten die Initiatoren der »24 Stunden ohne uns«, müsse die »richtige politische Antwort« gefunden werden. Doch faktisch ist eine EU-weit koordinierte Einwanderungspolitik für Arbeitsmigranten noch kaum in Sicht. Zu unterschiedlich sind die nationalen Interessen. Zudem ist offen, was geschieht, wenn die Freizügigkeitsbeschränkung für Angehörige der neuen EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien ausläuft. Einstweilen stellt sich deshalb vielmehr die Frage, wie diejenigen ihre Rechte durchsetzen können, die bereits hier sind. Schon lange vor dem Streik begannen an vielen Orten migrantische Arbeiter bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu fordern. Papierlose nahmen dabei eine besondere Rolle ein. Sie sind von Ausbeutung und Lohnbetrug besonders häufig betroffen und haben kaum Möglichkeiten, dagegen vorzugehen. Gewerkschaftlich organisieren können sie sich bislang nur in den wenigsten Fällen.

In Frankreich etwa kam es 2002 zu einem Streik papierloser Reinigungskräfte der Hotelkette Accor, die meist weiblichen Beschäftigten wollten sich die Akkord-Hetze ihres Arbeitgebers nicht länger bieten lassen. Die links-alternative Basisgewerkschaft Sud erklärte sich schließlich mit ihnen solidarisch und zahlte ihnen Streikgeld. Auch in Andalusien streitet seit einigen Jahren die Gewerkschaft SOC-SAT für papierlose Plantagenarbeiterinnen und -arbeiter.

Doch noch sind dies Ausnahmen. In Deutschland betrachteten die Gewerkschaften die meist zu Dumpinglöhnen beschäftigten »Illegalen« vor allem als Gefahr für ihre Tarifstandards. Am drastischsten zeigte sich dies, als die IG Bau 2004 eine gebührenfreie »Schwarzarbeit-Hotline« einrichtete, bei der Anrufer anonym Hinweise auf undokumentierte Bauarbeiter geben konnten. Dass verschiedene Initiativen Druck auf die Gewerkschaften ausübten, damit sich diese endlich auch den in Deutschland am brutalsten ausgebeuteten Arbeitskräften annehmen, anstatt diese bei der Polizei zu denunzieren, zeigt mittlerweile erste Erfolge. Doch davon, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass migrantische Arbeitskräfte die selben Lebens- und Arbeitsbedingungen wie die einheimischen Arbeitskräfte bekommen, sind viele DGB-Gewerkschaften noch weit entfernt.

geklaut aus: Jungle World März 2010

Profitable Entrechtung

Rassismus in Südspanien, zehn Jahre nach den Pogromen von El Ejido

Anfang Februar 2000 machten Teile der Bevölkerung in El Ejido im Süden Spaniens Jagd auf marokkanische ImmigrantInnen. Sie brannten ihre Unterkünfte, Autos und Geschäfte nieder und griffen Gebetshäuser an. Tausende von Menschen waren an diesen Pogromen beteiligt, die vom örtlichen Bürgermeister, der Stadtpolizei, Mitgliedern der regierenden Volkspartei (PP) sowie örtlichen und angereisten Faschisten durchgeführt wurden. Trotz Streiks und anderen Widerstandsaktionen der ImmigrantInnen hat sich zehn Jahre danach an ihren miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen wenig geändert.

Rassismus und Ausländerfeindlichkeit 2009 – das ist der Titel der Studie, die Anfang März vom spanischen Ministerium für Arbeit und Migration veröffentlicht wurde und die auf einer Umfrage von 2008 beruht. Die Ergebnisse weisen einen Rechtsruck nach: 77% finden, es gebe zu viele ImmigrantInnen (1996 waren es 28%, 2005 60%); drei von vier SpanierInnen wollen ein härteres Ausländerrecht. 40% sind mit der folgenden Aussage einverstanden: „Wenn jemand zum Arbeiten herkommt und lange arbeitslos ist, sollte er abgeschoben werden"; politisches Asyl soll, so denken 26% (2007:11%), nur noch einer eingeschränkten Zahl von BewerberInnen gewährt werden.

Wie um diese Entwicklungen zu untermauern, sind kurz nach der Veröffentlichung der Studie in Pueblo de Vicar, 15 km westlich von Almería, neue rassistische Sprühereien an Läden von MigrantInnen bekannt geworden. Vicar liegt auf halbem Weg nach El Ejido – und ist umgeben vom Plastikmeer der großflächigen intensiven Agrarindustrie, die dieser Region nach wie vor ihren Stempel aufdrückt.

Leben in Plastikhäusern ohne Strom und Wasser

Seit 20 Jahren erlebt diese Region einen ungeahnten Aufschwung. In den Gewächshäusern sind bis zu drei Ernten im Jahr möglich, und mit der Arbeitskraft entrechteter MigrantInnen lassen sich bei minimalen Produktionskosten maximale Profite erwirtschaften. Wer konnte, nahm hier einen Kredit auf, der leicht zu haben, aber mitunter kaum abzubezahlen war. Heute gilt El Ejido als die Stadt Europas mit der höchsten Dichte an Banken, gemessen an der Zahl der registrierten EinwohnerInnen.

Empor kamen neben den Banken seit Ende der 1980er Jahre auch Gestalten wie der Bürgermeister der Stadt, Juan Enciso, selbst Unternehmer und seit Beginn seiner politischen Karriere, in der er unter anderem die rechtsnationale lokale Partei PAL gründete, bekannt für seinen offen zur Schau getragenen Rassismus. Er ließ kaum eine Gelegenheit aus, die sich in der lokalen Landwirtschaft sammelnden migrantischen ArbeiterInnen öffentlich zu diskriminieren. „Morgens", so sagte er, „sind es auf den Straßen zu wenige, abends zu viele". Womit er ausdrücken wollte, was die aktuelle Studie auch besagt: Rechte am sozialen Leben sollen MigrantInnen kaum zugestanden werden, auch wenn sie, wie nicht nur im Plastikmeer der Fall, die Ökonomie auf ihren Schultern tragen. Seine Message wurde verstanden und von den lokalen Medien willig reproduziert - und bildete eine wesentliche Grundlage für die teilweise wohlorganisierten Pogrome vor zehn Jahren.

Der Stern Encisos sinkt nun erstmals, weil er als einer der Drahtzieher in einem der größten Korruptionsskandale der letzten Jahre gilt, bei dem mittels Verknüpfung des halböffentlichen Unternehmens El Sur Hunderttausende von Euro veruntreut wurden. Angestellte der Firma warten seit mehr als drei Monaten auf ihre Löhne. Enciso sitzt derweil in Untersuchungshaft. Auch wenn er des Amtes enthoben werden sollte, wird sich an der Politik der Ausgrenzung migrantischer ArbeiterInnen kaum etwas ändern – zu stark ist die Verwaltung darin involviert. Der absehbare Nachfolger Encisos wird kaum einen Kurswechsel anstreben – Enciso und sein Clan sind nur die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs.

Pogrome zur Verteidigung von Macht und Profit

Dies ist nur ein Anzeichen unter mehreren dafür, dass sich seit den Pogromen von El Ejido kaum etwas verändert hat – und wenn, dann eher zum Schlechteren. Nur wenige Menschen in Spanien scheinen sich der Migrationsgeschichte zu erinnern, die noch vor wenigen Jahrzehnten die eigenen Familien prägte. Der Kurs der derzeitigen Regierung unter Zapatero ist darauf ausgerichtet, die „eigene" Bevölkerung vor der „fremden" und vor den Folgen der Krise zu schützen.

Durch Gesetze und Erlasse wird Illegalisierten das Leben so schwer wie möglich gemacht. Davon zeugt auch das interne Rundschreiben des Generalkommissariats für Ausländerrecht und Grenzen vom Januar 2010, das Abschiebungen ausweiten und effizienter machen will; es sieht auch die Festnahme von Papierlosen und insbesondere denen vor, die keinen festen Wohnort nachweisen können. Das Mittel der Regularisierung, das noch 2005 angeboten wurde, gehört nicht mehr zur spanischen Migrationspolitik. Eine Besonderheit in Spaniens Ausländerrecht bleibt bislang erhalten: dass nach fünf Jahren nachgewiesenem Aufenthalt (vor der Gesetzesnovelle: drei), unabhängig vom Status, und bei Vorliegen eines gültigen Arbeitsvertrages die Aufenthaltsgenehmigung erteilt werden kann. Gleichzeitig ist die polizeiliche Repression vor allem in den Metropolen stark angestiegen, wo regelrechte Jagden auf Illegalisierte stattfinden. Es wird allerdings auch davon berichtet, wie diese Repressionswelle mitunter auf Widerstand stößt.

In den letzten zwei Jahren sind 85.000 MigrantInnen aus Spanien abgeschoben worden, und nach offiziellen Zahlen geht die Anzahl derjenigen MigrantInnen, die ohne Papiere an der spanischen Küste oder auf den Kanaren vor allem mit Booten ankommen, stark zurück. Neben den Manövern der europäischen Grenzsicherungsagentur Frontex sind dafür vor allem bilaterale Abkommen europäischer Länder mit den Herkunftsländern verantwortlich. Spanien hat gerade auf einem Kleingipfel mit Marokko beschlossen, den Markt zu öffnen – damit verknüpft sind allerdings die nachweisliche Umsetzung von Grenzkontrollen innerhalb Marokkos, um die illegale Ausreise stark zu erschweren.

Auch wenn Spanien vor allem mit lateinamerikanischen Staaten Abkommen geschlossen hat, nach denen bei den nächsten Kommunalwahlen ca. 800.000 regularisierte MigrantInnen wählen dürfen, ist die aktuelle Verschärfung vor allem von Spaniens aktueller EU-Präsidentschaft geprägt; ihr obliegt die Durchsetzung einer gemeinsamen restriktiven Institutionalisierung von Einwanderungs-, Asyl- und Visapolitik. Auch die Ausweitung des Schengen-Raumes auf Bulgarien und Rumänien, die auf dem Programm der Präsidentschaft steht, ist Teil dieser Politik.

Die Rezession hat Spanien fest im Griff, reihenweise machen Kleinunternehmer bankrott, der harte Winter mit sehr viel Regen hat große Teile der Ernte zerstört. Die grassierende Arbeitslosigkeit (andalusienweit: eine Million) weitet sich seit Beginn der Rezession verstärkt auf den Agrarsektor aus. An dem Ende der Wertschöpfungskette, an dem ein guter Teil der billigen Lebensmittel für europäische Supermarktketten wie Lidl, Aldi, Migros, Edeka oder Coop produziert wird, befinden sich die vielfach als TagelöhnerInnen beschäftigten MigrantInnen. 160.000 arbeiten in der Region, wovon bis zu 100.000 nicht gemeldet sind. Auch wenn sie teilweise Verträge haben, missachten ihre Arbeitgeber die minimalen Sicherheitsstandards oder ignorieren die Sozialversicherungspflicht. Vom tariflich festgelegten Lohn von 44 Euro am Tag wird mitunter nur die Hälfte gezahlt. Die Arbeitslosigkeit trifft die migrantischen ArbeiterInnen zudem besonders hart, weil ohne Verträge die Ausweisung aufgrund fehlender Aufenthaltsverlängerung droht.

Die Selbstorganisierung von MigrantInnen ist nötig

In der lebensfeindlichen Umgebung der Gewächshäuser entstehen immer mehr Chabolas – Plastikhütten, in denen es meist weder fließendes Wasser noch Strom gibt. Die apartheidartige Abtrennung ist ein Produkt vollkommener Ignoranz der regionalen Verwaltung. Wie könnten Arbeitskämpfe aussehen, die der manifesten Ausbeutung etwas entgegenzusetzen hätten? Die Veranstaltungen zum Jahrestag der Pogrome halten keine Antwort auf diese Fragen parat, aber sie haben ein neues Licht darauf geworfen, welche Bedeutung sie für den Emanzipationsprozess der migrantischen Community gespielt haben.

Der Hergang ist oftmals rekonstruiert worden: Der Mord an einer spanischen Frau wurde von einem spanischen Mob zum Anlass genommen, gegen die marokkanische Community vorzugehen. Dabei wurden während dreier Tage Anfang Februar 2000 Läden und Geschäfte sowie Einrichtungen zerstört, die sich für eine bessere Integration von MigrantInnen einsetzten. Die Polizei blieb weitgehend untätig. Viele verloren Hab und Gut und erlitten schwere psychische Schäden. Die Antwort, die die marokkanischen ArbeiterInnen geben konnten, war ein Generalstreik, der die Attacken schließlich zum Stillstand brachte. Im Anschluss fanden Gespräche mit den Institutionen statt, die von VertreterInnen der marokkanischen Organisationen eingefordert worden waren. Den Forderungen nach Bestrafung der Täter, Entschädigung, würdigen Lebensbedingungen, vor allem, was die Unterbringung angeht, bessere Entlohnung sowie Teilhabe am sozialen Leben wurde stattgegeben – allein, in den letzten zehn Jahren wurden faktisch keine dieser Versprechen eingelöst.

Die Einschüchterung der marokkanischen Community führte dazu, dass viele den Landstrich verließen. Sie war ein wichtiges Mittel, um die Organisationsansätze zu unterdrücken. Bei den Übergriffen handelte es sich um eine kollektive Aktion mit Signalwirkung – eine Reaktion auf den drohenden Verlust von leichtem materiellem Gewinn und Macht. Und ein instinktives, kollektives und nur von einigen wenigen durchbrochenes Handeln, das sich bei weitem nicht nur auf die eigentlichen Pogrome während der drei Tage im Februar 2000 beschränkt, sondern sich gewissermaßen bis heute fortsetzt.

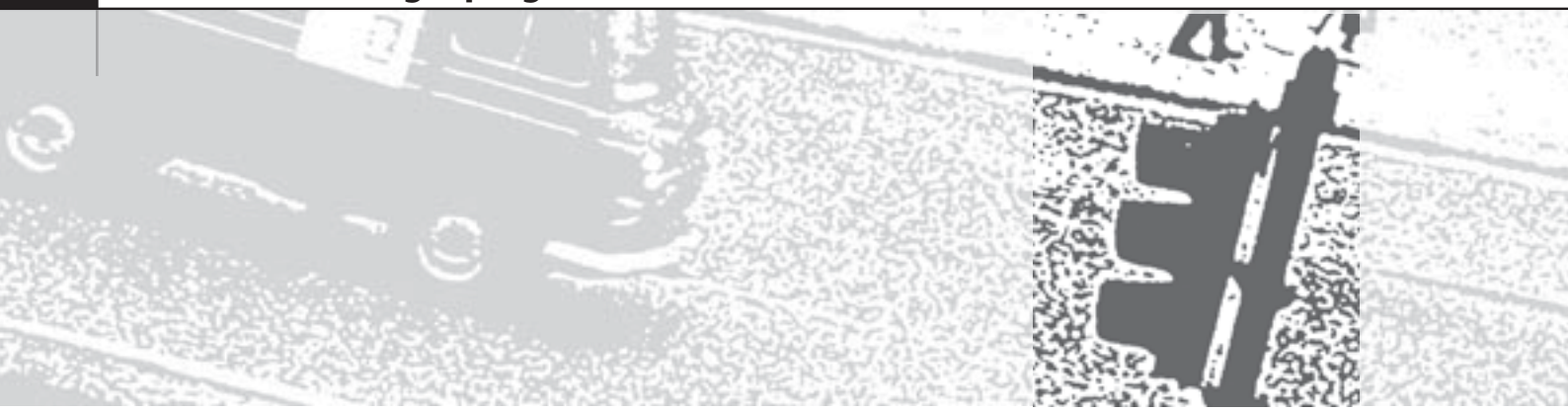
Aus der sozialen Basis in Almería heraus agiert neben einigen politisch zurückhaltenden NGOs vor allem die Landarbeiter-Gewerkschaft SOC, die zusammen mit dem lokalen Sozialforum die Diskussionsveranstaltungen zum diesjährigen Gedenken an die Pogrome organisierte. Ihre Beratungstätigkeit, Mobilisierungen und öffentlichkeitswirksamen Interventionen sind der richtige Weg bei dem Versuch, dem kapitalergebenen Mainstream ins Handwerk zu pfuschen und die Rechte der migrantischen ArbeiterInnen zu verteidigen. Sie hilft ihnen u.a., wenn sie aufgrund ihres prekären Status schnell den Arbeits- und Wohnort wechseln müssen. Das Ziel der SOC ist die migrantische Selbstorganisierung.

In den großen andalusischen Städten wie Malaga und Sevilla regt sich eine kritische Subkultur; in Almería ist diese sehr marginal. Kampagnen wie „Städte ohne Grenzen", wie sie gerade von dem Netzwerk sozialer Zentren, unter anderem der „Casa Invisible" in Malaga, lanciert werden, können nur schwer Fuß fassen.

Grundlegende Veränderungen, die eine Wiederholung der pogromartigen Ausschreitungen von 2000 verhindern könnten, sind dringend geboten. Ein historischer, mitunter religiös tradierter Rassismus hat sich hier mit einem modernen Rassismus verbunden, dessen Kennzeichen zum einen darin liegt, mit der Form und dem System des Wirtschaftens vor Ort eng verknüpft zu sein. Zum anderen besteht seine Charakteristik darin, sich selbst zu negieren: „Rassismus? - Gibt es hier nicht!"

Winnie Medina

aus: ak 548



MISSION COMPLETE: AG WOHLFAHRT? DONE.

Auswertung der Aktionen und der Initiative gegen Abschiebung & AG Wohlfahrt

Die AG Wohlfahrt ist eine im Jahre 2006 gegründete Ermittlungsgruppe, in der Mitarbeiter_innen der Ausländerbehörde des Kreises Offenbach in Zusammenarbeit mit der Polizei gegen in im Kreis Offenbach lebende Migrant_innen und Asylbewerber_innen vorgehen. Sie selbst sehen sich erfolgreich im Kampf gegen „eine neue Form des Sozialleistungsbetruges".

Es ist vollbracht: Bereits am zweiten Tag und als erste Amtshandlung in seiner Position als neuer Offenbacher Landrat, gab Oliver Quilling (CDU) der Presse bekannt, dass er die AG Wohlfahrt abschaffen werde. Auch wenn die Entscheidung Quillings, die AG Wohlfahrt aufzulösen, selbstverständlich zu begrüßen ist, sollte deren eigentliche Ursache nicht aus den Augen verloren werden. So störte Quilling an der AG Wohlfahrt hauptsächlich, dass »durch die Arbeit der Ermittler in den zurückliegenden anderthalb Jahren in der Öffentlichkeit ein zunehmend unglücklicher Eindruck entstanden ist«. Es sind also – wie bei einem CDU-Politiker nicht anders zu erwarten – weder die Ermittlungsmethoden, noch die Aufgabe dieser Ermittlungsgruppe gewesen, die ihn dazu veranlassten, die AG Wohlfahrt abzuschaffen, sondern vielmehr der durch uns permanent erzeugte öffentliche Druck und eine damit einhergehende Delegitimierung eines Normalzustands, der zweifelsfrei ohne jene kritische Öffentlichkeit von dem neuen Landrat niemals in Frage gestellt, geschweige denn revidiert worden wäre. Inwieweit unsere Kritik also Einfluss auf Quillings Entschluss hatte und ob die Auflösung der AG Wohlfahrt einen tatsächlichen Erfolg darstellt, ist neben einer erneuten Artikulation unserer Kritik an Staat und Kapital Gegenstand der vorliegenden Auswertung.

»Die linksradikalen Gewalttäter fordern den Rechtsstaat heraus.«

Wir haben Mitte Juli 2009 unsere antirassistische Initiative »smash the borders – Der AG Wohlfahrt das Handwerk legen!« gestartet, um auf das unsägliche Treiben der Ermittlungsgruppe AG Wohlfahrt zu reagieren und eine Kritik zu formulieren, die einerseits darauf abzielt, einer derart rassistischen Ermittlungsgruppe in der breiten Öffentlichkeit die Existenzberechtigung streitig zu machen, auf der anderen Seite allerdings nicht die Komplexität der Thematik verkennt und auf der Grundlage des unmittelbaren Zusammenhangs zwischen staatlichem Rassismus und kapitalistischer Verwertungslogik auf eine radikale Kritik der bestehenden Verhältnisse hinausläuft.

Abschiebungen sind ein zwangsläufiges Resultat kapitalistischer Konkurrenz: Aus der staatlich garantierten Freiheit zum Wettbewerb und dem ihr immanenten Zwang, Kapital möglichst vorteilhaft zu investieren und zu akkumulieren, ergibt sich eine rationale Trennung zwischen verwertbar und nicht verwertbar – diese Selektion findet immer und überall statt, lässt sich aber wohl an dem Beispiel der Behandlung von als »unnütz« angesehen Migrant_innen auf eine besonders perfide Weise veranschaulichen. Weil der bürgerliche Staat aufgrund der Konkurrenz zu anderen Staaten auf dem Weltmarkt auf ein möglichst erfolgreiches Abschneiden seiner nationalen Ökonomie angewiesen ist, hat er notwendigerweise die Aufgabe, Menschen auszusortieren, die aus seiner Perspektive für ihn einen Nachteil darstellen: Gemeint sind hierbei Migrant_innen und Flüchtlinge, die Sozialleistungen in Anspruch nehmen und damit dem Staat »zur Last fallen«. Natürlich agiert der Staat hierbei nicht willkürlich und hält sich durchaus an das von ihm gewaltsam durchgesetzte »Recht« und »Gesetz«. Konkret bedeutet das allerdings, dass der Staat den Sozialhilfeempfänger_innen zwar natürlich nicht »grundlos« die Sozialleistungen absprechen kann – das zöge selbst in der BRD einen nicht auszudenkenden Skandal über das »Ende des Sozialstaats« mit sich. Vielmehr versucht

der Staat mit abstrusen Vorwürfen die Migrant_innen zu illegalisieren um eine angebliche Legitimation für eine Abschiebung zu schaffen. Das ist zwar für die Betroffenen in der Regel noch wesentlich beschissener, als »nur« die Sozialleistungen gekürzt zu bekommen, aber auf diese Weise hat wenigstens alles seine Ordnung – eben ganz im Sinne dieses Staates, der als Staat des Kapitals ganz anderes im Sinn hat und immer haben wird, als das Wohl der Menschen.

Es wäre naiv, Abschiebungen nur auf humanitärer Ebene zu kritisieren, da diese Kritik die eigentlichen Wurzeln der Problematik verkennt. Es ist eine falsche und idelisierte Annahme, dass der selektive Umgang mit Migrantinnen und Migranten der Willkür einiger politischer Akteure unterliegt. Diese Logik blendet bewusst oder unbewusst die durch den Kapitalismus vorgeschriebenen Sachzwänge aus und leugnet den objektiven Handlungsspielraum, dem jedes Individuum – auch ein Landrat – untergeordnet ist.

So können Abschiebungsgegner_innen, die diese Logik nicht verstanden haben oder nicht verstehen wollen, durchaus ins Stottern geraten und mit Unverständnis reagieren, wenn Oliver Quilling guten Gewissens inmitten eines Pulks von Demonstrant_innen erklärt, dass er in der Position als Landrat vor »illegal eingereisten Asylbetrügern« nicht die Augen verschließen könne und diese auch weiterhin verfolgen müsse. In der Unfähigkeit dieser Abschiebungsgegner_innen zur reflektierten Argumentation und der daraus resultierenden Verzweiflung, kritisieren sie derartige Äußerungen des Landrats ganz einfach als unwahre Behauptungen. Diese Kritik ist schlicht und ergreifend falsch. Es ist nunmal so, dass Oliver Quilling sich nur an die Spielregeln des Kapitals hält: Objektiv betrachtet sind Quillings Äußerungen durchaus nachvollziehbar und logischer Bestandteil dieser Gesellschaftsordnung. Deshalb kann eine emanzipatorische Kritik an Abschiebungen niemals eine personifizierte sein; vielmehr muss sie den Ursprung eben jener gesellschaftlicher Missstände erfassen und diesen auch angreifen. Deshalb werden wir auch in Zukunft nicht die Normalität kapitalistischer Vewertung als Grundlage eines politischen Diskurses anerkennen. Es gilt auch hier: Wer vom Kapitalismus nicht sprechen will, sollte von Abschiebungen schweigen. Und wer mit seiner inhaltlichen Kritik am Ende ist, kann ja immernoch »AG Wohlfahrt« als Unwort des Jahres nominieren.

Abschiebungen stoßen in der Gesellschaft in der Regel auf wenig Gegenwehr. Das mag vereinzelt an den durchaus noch weit verbreiteten rassistischen Ressentiments und dummdeutschen Stammtischparolen gegen Migrant_innen liegen, lässt sich aber viel eher auf nationalistische Ideologien zurückführen, die nicht nur von staatlichen Institutionen bewusst gefördert werden, sondern vordergründig von den einzelnen Menschen angesichts des brutalen Hauen und Stechens der kapitalistischen Konkurrenz dankend angenommen und reproduziert werden. Ein Vorteil für den Standort Deutschland im Weltmarktgefüge bedeutet tendenziell auch, dass der eigene Staat etwas mehr an seine Bürger_innen zu verteilen hat. Ob er das dann auch wirklich tut, sei mal dahin gestellt. Doch aus diesem Grund opfern sich die Individuen für den Standort auf, ordnen ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen dem nationalen Kollektiv unter und begrüßen so ziemlich jede Maßnahme, die die nationale Ökonomie voran bringt – zu diesen Maßnahmen können auch Abschiebungen gehören. Es ist allerdings zu einfach, den Standortnationalist_innen pure Ausländerfeindlichkeit zu unterstellen. Es geht ihnen eben nicht, wie beispielsweise beim völkischen Nationalismus, um die Aufrechterhaltung des »deutschen Bluts« oder anderer Hirngespinste; vielmehr geht es ihnen ganz pragmatisch um ihren eigenen materiellen Vorteil und die Sicherung ihrer Grundbedürfnisse in einer Welt, in der diese Sicherung keinesfalls selbstverständlich ist.

»Wer mit militanten Aktionen und der Ankündigung von Anschlägen seine Ideen durchsetzen will, ist ein Feind der Demokratie.«

Staatlich und demokratisch garantierte Freiheit meint also nicht die Freiheit des Individuums, sondern in erster Linie die Freiheit des Kapitals. Daher ist es fatal, den Staat beim Thema Abschiebungen um Hilfe anzubetteln und auf die »Menschlichkeit« zu verweisen. An vermeintlichen Abschiebungsgegner_innen, die als Argumente für das Bleiberecht die Qualifikationen und die ökonomische Verwertbarkeit der Migrant_innen anführen, zeigen sich am deutlichsten die negativen Konsequenzen dieser Staatsfixiertheit: Durch die unhinterfragte Anerkennung jener Art der gesellschaftlichen Organisierung, die für staatlichen Rassismus überhaupt erst verantwortlich ist, reproduzieren sie standortnationalistische Ideologien und halten, ob nun bewusst oder unbewusst, ein Plädoyer für das Kapital und gegen die Menschen. Diese Arumentation zieht außerdem noch ein weiteres, verhängnisvolles Problem mit sich: Wenn »Qualifikationen«, wie und von wem auch immer diese definiert werden, ein Grund sein sollen, dass Migrant_innen nicht abgeschoben werden dürfen, ist die logische Konsequenz daraus, dass die staatliche Zwangsausweisung von als »unqualifiziert« degradierten Migrant_innen vollste Legitimität genießt. Dass sich eine emanzipatorische Linke auf derartigen regressiven Mist nicht einlässt, versteht sich eigentlich von selbst.

Deshalb standen wir von Anfang an vor einer großen, eingangs schon grob skizzierten Kontroverse: Entweder mit allen Mitteln zu versuchen, endlich die Auflösung der AG Wohlfahrt zu erreichen, dabei riesige Kompromisse einzugehen und seine eigene inhaltliche Kritik über Bord zu werfen– oder keinerlei Kompromisse einzugehen, nur theoretisch zu kritisieren und sehnsüchtig auf die Revolution zu warten, damit sich Abschiebungen und alle anderen Übel von selbst erledigen. Wir haben versucht, beides so gut es geht miteinander zu verknüpfen. Diesem Versuch lag unsere Annahme zugrunde, dass Abschiebungen zwar langfristig nur mit der Überwindung des Kapitalismus bekämpft werden können, dass allerdings theoretische Kritik an diesem für die von den Ermittlungen der AG Wohlfahrt Betroffenen und von Abschiebung Bedrohten keinerlei Hilfe darstellt. Eine radikale

Linke muss dabei über ihren eigenen Schatten springen: Forderungen an den CDU-Landrat, den Kreisausländerbeirat und an andere Idioten zu stellen, ist schon eher unangenehm – für die Chance auf reale Verbesserungen der Lebensbedingungen der von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge haben wir das aber dennoch in Kauf genommen. Dass sich beispielsweise der Offenbacher Kreisausländerbeirat im Laufe dieses Prozesses als das genaue Gegenteil von einem möglichen Unterstützer im Kampf gegen die AG Wohlfahrt entpuppt, konnten wir im Vorfeld natürlich nicht ahnen.

»Bei dieser Gruppe weiß man nie, wie weit sie geht«

Die praktische Konfrontation mit der Kritik an Abschiebungen und der AG Wohlfahrt stieß bei den Verantwortlichen verständlicherweise nicht auf sehr viel Gegenliebe. Nachdem das Haus des damaligen Landrats im Juli 2009 Opfer eines so genannten »Farbanschlags« geworden ist, ging die Polizei mit repressiven Maßnahmen gegen Abschiebungsgegner_innen vor, die Zivilgesellschaft zeigte sich empört und Walter selbst konstatierte die Bedrohungslage einer wiederkehrenden Roten Armee Fraktion. So sehr diese Reaktionen zu verurteilen und als völlig überzogen zu bezeichnen sind, so muss bei aller nicht zu verbergenden Freude über diese Verschönerung Walters Hausfassade auch deutlich gemacht werden, dass eine derartige Aktion noch lange nicht als Subversion abgefeiert werden sollte. Natürlich war der »Farbanschlag« auf Peter Walter ein legitimes Mittel, das wir uns auch durch nichts und niemanden absprechen lassen; es kann und darf aber nur eines von vielen verschiedenen Mitteln und vielfältigen Aktionsformen im Kampf gegen Abschiebungen bleiben. Ein Farbbeutel ist eben ein Farbbeutel und verspricht noch lange keinen Erfolg in politischen Kämpfen. Derartige Aktionsformen allerdings aufgrund angeblich mangelnder Konstruktivität zu bagatellisieren, ist nicht der richtige Weg. Eine direkte Aktion muss nicht unbedingt versuchen, sich konstruktiv in die bestehenden Verhältnisse einzubringen – manchmal muss es eben eine »hammerharte« Negation sein, und das ist auch okay so.

Letztendlich hat also erst die Praxis zu einem öffentlichen Diskurs über die AG Wohlfahrt geführt, in dessen Verlauf viel Kritik geäußert und publiziert wurde. Landrat Walter hatte zwar seine Ermittlungsgruppe bis zum Schluss immer vehement gegen alle Vorwürfe verteidigt, doch sein Nachfolger Oliver Quilling war offenbar eher weniger an einer negativen Presse gleich zu Anfang seiner Amtszeit interessiert. Dass der öffentliche Druck und die dadurch immer stärker werdende negative Konnotation des Begriffs »AG Wohlfahrt« ausschlaggebend waren und eben nicht die Gutmütigkeit Quillings, darauf verweist unter anderem die Tatsache, dass Quilling derart betonte, »Asylmissbrauch« auch zukünftig weiter zu verfolgen und einen Ersatz für die AG Wohlfahrt zu suchen. Diese Aussagen des neuen Landrats sind ein Paradebeispiel für die zuvor erläuterte Notwendigkeit, den Kapitalismus abzuschaffen, um Abschiebungen und die Selektion von Menschen nach ihrer Verwertbarkeit endgültig und ein für alle Mal zu verhindern. Es ist also diskussionswürdig, inwiefern bei der Auflösung der AG Wohlfahrt überhaupt von einem Erfolg gesprochen werden kann. Wir sind selbstverständlich für Meinungen, Ansichten und Diskussionsbeiträge von anderen Gruppen und Personen offen.

Wir persönlich halten die Abschaffung der AG Wohlfahrt hingegen für einen durchaus großen realpolitischen Erfolg, der trotz aller notwendigen kritischen Betrachtungen nicht degradiert werden sollte. Die Frage nach dem Erfolg von Aktionen der linksradikalen Szene ist immer müßig. Eine Linke, die die Maxime vetritt, den Kapitalismus zu überwinden und durch eine befreite Gesellschaft ein schönes Leben für alle Menschen zu realisieren, muss diese Frage immer ambivalent betrachten: Bis zur Revolution sind leider immer nur relative Erfolge zu erzielen. Dessen ungeachtet ist es natürlich zu begrüßen, dass im Kreis Offenbach nun keine in ihrer Form einzigartig gewesene Ermittlungsgruppe länger ihr Unwesen treibt, auch wenn Abschiebungen deshalb noch lange nicht aus der Welt und auch nicht aus dem Kreis Offenbach geschaffen sind. Des Weiteren muss betont werden, dass Reformen im staatlichen Rahmen, zu denen die Abschaffung der AG Wohlfahrt wohl gezählt werden kann, nicht nur die Ansprüche einer radikalen Linken noch lange nicht erfüllen, sondern immer auch negative Auswirkungen und eine Verschiebung der Problematik zur Folge haben – ganz einfach deshalb, weil sich der Staat im Zweifel das benötigte Geld anders beschafft. Ob diese Beschaffung nun allerdings ausgerechnet auf dem Rücken der Schwächsten dieser Gesellschaft ausgetragen wird oder eben nicht, ist der geringe Handlungsspielraum, den soziale Kämpfe im Kapitalismus erfahren.

Dass wir nun unsere Initiative gegen Abschiebung und die AG Wohlfahrt beenden, bedeutet natürlich keinesfalls, dass wir in Zukunft keine Kritik mehr an Abschiebungen üben werden und erst Recht nicht, dass wir Oliver Quilling nicht genauestens auf die Finger schauen, ob die Auflösung der AG Wohlfahrt vielleicht doch nur eine Farce ist und die Ermitlungsgruppe nur einen neuen Namen erhält. An dieser Stelle wollen wir auch ein Dank loswerden an all jene, die uns auf irgendeine/jegliche Art und Weise bei der Initiative und den Aktionen unterstützt haben.

antifa [ko] im märz 2010

AG WOHLFAHRT? DONE.
NEXT STOP: COMMUNISM.

(Wieder-)Aneignungskämpfe statt Sternenkriege - Commons gegen das Imperium

In der traditionell linken Symbolik weist der (klassisch: leuchtend rote) Stern den Weg in die klassenlose Gesellschaft und verweist somit auf eine „bessere Welt". Der Weg allerdings scheint stetig länger zu werden – auch wenn wir „eine andere Welt für möglich" halten, werden wir immer wieder mit der Übermacht der miesen Verhältnisse konfrontiert. Ob gegen die ständige Beschneidung sozialer Rechte, gegen fortschreitende Privatisierung, Entdemokratisierung und Repression, gegen Flüchtlingsbekämpfung, Menschenrechtsverletzungen, ungerechten Welthandel und Krieg – es ist vor allem der Kampf gegen die Übel, der uns bewegt. Die EU mit ihrem metaphorischen Sternenhimmel, der zynischerweise u.a. für „Vollkommenheit" stehen soll, vervollkommnet in erster Linie ihr Imperium durch weltweit agierende Polizeitruppen, den machtvollen Zugriff auf natürliche Ressourcen, die Ausplünderung des globalen Südens und die Abschottung gegen Flüchtlinge.

Auf dem wollen wir daher im doppelten Sinne nach den Sternen greifen: Wir richten zum einen den Blick auf Alternativen zur kapitalistischen Verwertungslogik, konkreter auf emanzipatorische Praktiken der Schaffung und Erhaltung von Commons/Gemeingütern. Commons sind nicht (nur) die neuen Stars am linken Diskurshimmel, sondern gelebte Praxis und konkrete Utopie. Zum anderen wollen wir Kämpfe gegen die anscheinende Allmacht der EU sichtbar machen und Strategien diskutieren, wie ihre Hegemonie aufgebrochen werden kann.

Nach den Sternen greifen I: Commons bilden

Privatisierung und Enteignung von Ressourcen und Wissen bilden die Basis kapitalistischer Vergesellschaftung. Für den Zugriff des Marktes selbst auf Lebensnotwendiges, wie z.B. Wasser und Saatgut, werden auch die letzten Schranken gebrochen. Sowohl historisch als auch aktuell verlief und verläuft die Einhegung von Gemeinressourcen und -gütern nicht ohne Gegen-bewegungen. Kämpfe gegen die Patentierung indigenen Wissens, gegen Wasserprivatisierung und für die kollektive Nutzung von Land beispielsweise sind Verteidigungskämpfe um Commons – um Verfügungsrechte über Gemeinressourcen. Gleichzeitig werden neue Commons, vor allem im Bereich Wissen und Kultur geschaffen, die gegen Privatisierungsbestrebungen ständig neue Wege der kollektiven Nutzung entwickeln.

Solidarische Praxen der Selbstverwaltung und des Teilens und Schenkens sind gelebte Praxen einer emanzipatorischen Allmende. Auf dem BUKO 33 fragen wir nach gelebten Utopien und suchen nach „Halbinseln" des guten Lebens: Wie sehen konkrete und utopische Praxen der kollektiven Produktion und Nutzung von Ressourcen, Dingen, Wissen und Räumen aus? Welche Praktiken gibt es, um „Commons" zu schaffen und zu erhalten?

Nach den Sternen greifen II: Wir in Europa – die EU in der Welt

Frontex, der Vertrag von Lissabon, die Sicherheitsarchitektur EU – dies waren einige der Themen auf dem BUKO 31 in Dortmund. Der Vertrag von Lissabon ist inzwischen verabschiedet, Frontex wurde weiterentwickelt und die europäischen Eliten basteln weiter an ihrer Sicherheitsarchitektur.

Auf der anderen Seite aber bleibt das Wissen über die EU und das Verhältnis zu ihr unklar. Ihre Selbst- und Fremdzuschreibungen als „Friedensprojekt", „normative Kraft", als „postnationale Konstellation" können auf jedem einzelnen Gebiet, von der Arbeitsmarktpolitik über das „Migrationsmanagement" bis hin zur militärisch flankierten Außen(handels)politik, widerlegt werden. Doch diese Kritik bleibt allzu oft im Vergleich mit den die EU konstituierenden Nationalstaaten stecken. Vielleicht weil wir die Utopie einer „postnationalen Konstellation", eines Europas von unten in einer Welt von unten, nicht weitergedacht haben?

Auf dem BUKO 33 werden wir uns unter anderem mit den Fragen beschäftigen, wie die EU nach innen und nach außen wirkt, welche Gruppen im globalen Süden und in Europa der Politik der EU entgegentreten und was wir gegenseitig von diesem Widerstand lernen können.

So hoffen wir, beim BUKO 33 ein Stück auf dem Weg zu einer „besseren Welt" voran und den Sternen ein wenig näher zu kommen. Globaler Enteignung setzen wir kollektive Aneignung entgegen. Wir möchten uns mit euch auf die Suche nach internationalistischen, emanzipatorischen Alternativen und Perspektiven begeben.

BUKO 33: 13. bis 16. Mai 2010 in Tübingen

www.buko.info

Mehr und aktuelle Infos auf thevoiceforum.org & thecaravan.org

Habt ihr noch Helme im Keller?

eine antimilitaristische Veranstaltungsreihe in Bremen

Bremen ‚80: Von militanten Aufbrüchen und antimilitaristischem Widerstand
Ein Rückblick, um wieder nach vorne zu schauen.

Am 6. Mai 1980 wurde der 25. Jahrestag des Natobeitritts der BRD mit einem öffentlichen Rekrutengelöbnis im Bremer Weserstadion gefeiert. Es kam zu breiten Protesten und vehementem militanten Widerstand, die dieses Ereignis zu einem Schlüsselmoment Bremer wie bundesweiter außerparlamentarischer Politik werden ließen. Zum 30. Jahrestag der „Schlacht am Osterdeich" findet vom 3. bis zum 11. Mai eine Veranstaltungsreihe in Bremen statt.

Montag, 3. Mai. 2010
STÖRMANÖVER autonomer Antimilitarismus heute
19:00h, Paradox

Dienstag, 4. Mai 2010
UNTERM PFLASTER LAG DER WESERSTRAND (Teil 1) – Die Schlacht am Osterdeich
19:00h, Paradox

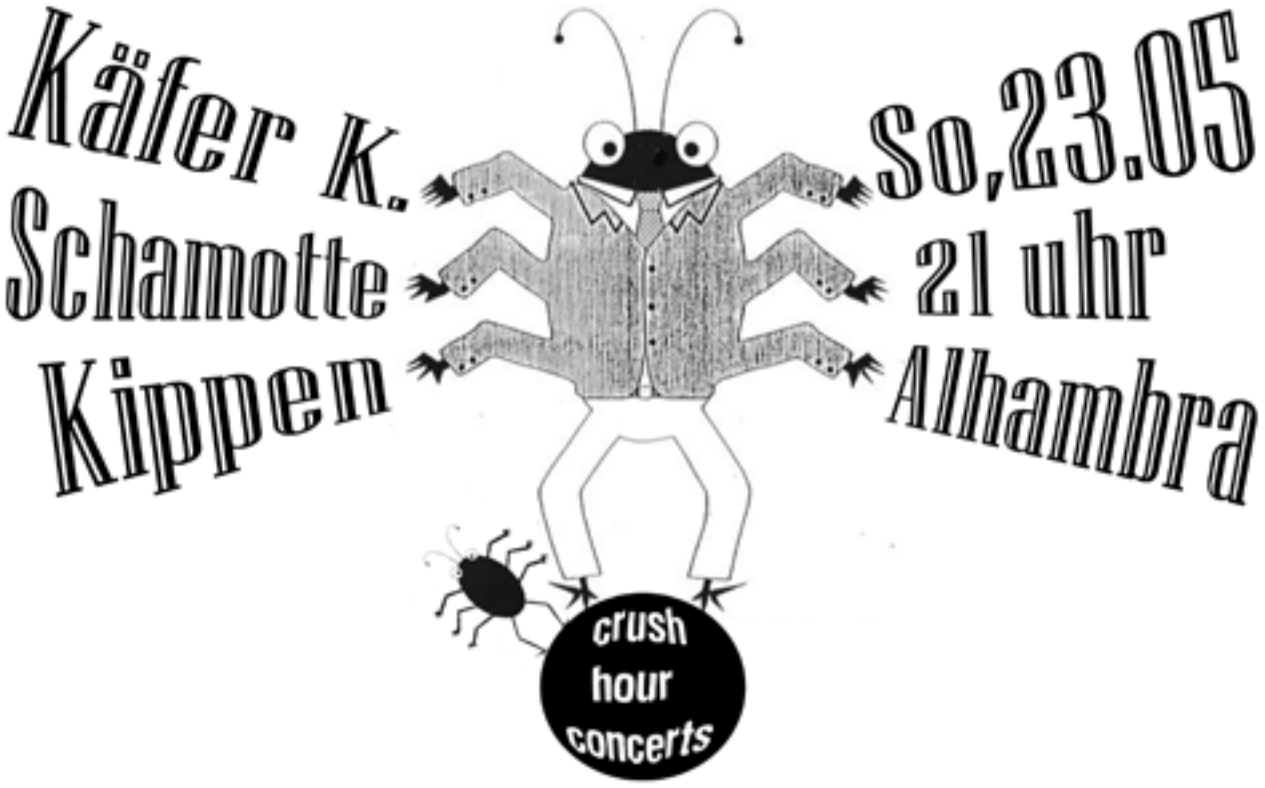
Mittwoch, 5. Mai 2010
MORDSMÄßiG PRODUKTIV: BREMEN UND DER KRIEG IM 21. Jahrhundert
20:00h, Infoladen

Donnerstag, 6. Mai 2010
KONZERT MIT STROM UND WASSER
20:00h, Paradox

Samstag, 8. Mai 2010
KONZERT MIT CONEXION MUSICAL + Feuerchen & Vokü
20:00h, Wagenplatz Querlenker

Montag, 10. Mai 2010
AUFRUHR WIDERSTAND ES GIBT KEIN RUHIGES UNILAND
19:00h, Uni Bremen, Neues GW3

Dienstag, 11. Mai 2010
UNTERM PFLASTER LAG DER WESERSTRAND (Teil 2) – Wandel und die Entwicklung linksradikaler Politik und Kämpfe
19:00h, Paradox


Käfer K.
Schamotte
Kippen
So,23.05
21 uhr
Alhambra
crush
hour
concerts

-schwoten-schnittchen-schlager-
Komm mein Schatz,
wir trinken ein
Likörchen
subklub
auswärts
12.Juni 21.30 hempels

Mai 2010

Sa.	1.5.	12:00	Autonome 1. Mai Demo, danach Straßenfest
		22:00	Lesbischwule Mottoparty: Hexentanz in den Mai
Fr.	7.5.	22:00	Mash up di place
Sa.	8.5.	22:00	Frauenparty ‚La Luna'
So.	9.5.	18:00	VA: Jüdischer Widerstand und deutsche Gedenkkultur
Di.	11.5.	20:00	Subklub: Fahrrad schrauben
Mi.	12.5.	22:00	Raus aus der Krise
Fr.	14.5.	17:00	Film: „Er tanzte das Leben"
Sa.	15.5.	22:00	Männerfabrik
Di.	18.5.	20:00	Subklub: Kickertunier
Do.	20.5.	23:00	Techno: Björn Peng
Fr.	21.5.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	22.5.	22:00	Subklub meets Hempels on Tour: Cocktail Party
So.	23.5.	21:00	Crush Hour Concerts: Kippen + Schamotte + Käfer K
Di.	25.5.	20:00	Subklub: Jazz Jazz Jazz
Mo.	24.5.	21:00	Dear John Letter + andere
Mi.	26.5.	18:00	VA: Demjanjuk Prozess
Sa.	29.5.	23:00	Rosa Disco
So.	30.5.	21:00	Crush Hour Kneipenkonzert: No God

Juni 2010

Fr.	4.6.	23:00	Plattenschmaus – Minimal Electro Party
Sa.	5.6.	22:00	Homophilias
So.	6.6.	18:00	VA: Freiheit und Wahn deutscher Arbeit
Fr.	11.6.	22:00	Alhambra-Soliparty
Sa.	12.6.	23:00	Goa-Party
Fr.	18.6.	23:00	Ein psychedelisch Tanzvergnügen
Sa.	19.6.	22:00	Männerfabrik
Fr.	25.6.	21:00	Metal-Konzert – Arise from the Ashes
Sa.	26.6.	23:00	Rosa Disco

Wöchentlich

Mo.	19:00	Crush Hour Concerts
Mo.	19:30	Antira-Plenum OI/BI
Mo.	20:30	Antifa-Café
Mo.	21:00	Mumia-Bündnis
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenKneipe
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum

Infoladen roter strumpf

Mo.	18h - 21h
Di.	16h - 19h
Mi.	16h - 19h
Do.	18h - 21h